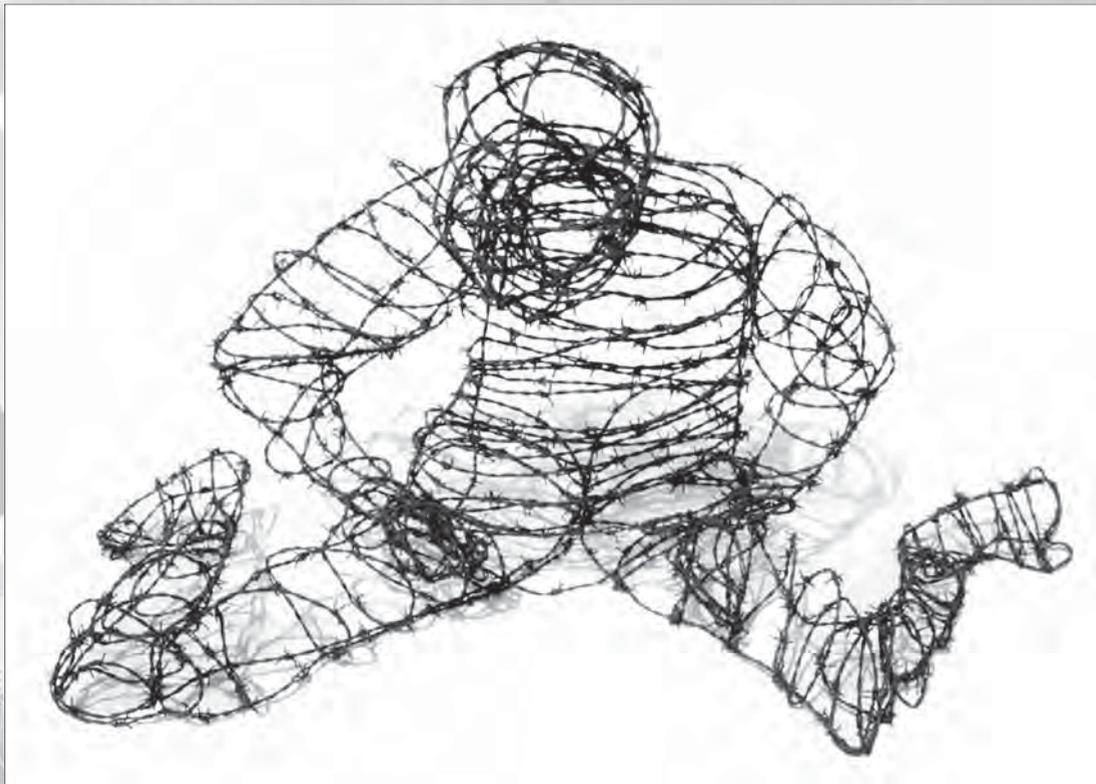


# der stacheldraht

FÜR FREIHEIT, RECHT UND DEMOKRATIE

13017

Nr. 8/2013



**Ermutung für Heimkinder**

**Enteignungen in Vietnam**

**Der Fall Harry Weltzin**

**Aktuell**

- 3 Defizite beseitigen  
Entschädigung verbessern  
Dokumentiert

**Recht**

- 4 Ermutigung für Heimkinder  
Schuldenerlaß bei Krankenversicherung

**Aufarbeitung**

- 5 Neues Zeitzeugenportal

**Reise**

- 6 Workuta – „Hauptstadt der Welt“, Teil 2

**International**

- 8 Vietnam: Verschleierte Enteignung

**Geschichte**

- 10 Der Fall Harry Weltzin

**Berichte**

- 11 Arbeit, die heilt
- 12 Aktive Frauen  
SED-Opfer nicht vergessen
- 13 Auch die Familien waren betroffen  
Erinnern an beide Diktaturen
- 14 Bautzen-Komitee

**Verbände**

- 15 Zwischenstand  
Suchanzeige  
Mielkes Machtzentrale  
Umgezogen  
Winteröffnungszeiten  
Ergänzung
- 16 Taschenkalender 2014  
Eröffnung in Cottbus  
Anschläge

**Service/Bücher**

- 17 Der illegale Devisenbeschaffer
- 18 Zeitenwende 1945
- 19 Lageralltag in Todesnähe

**Service/Veranstaltungen**

- 17–19

**Umschlagbild**

„Die Melancholie“ – Stacheldrahtobjekt. In der Kunstinstallation „Entdeckung“ setzt sich ein Schweizer Künstler, der für dieses Projekt den Decknamen R.O.M. gewählt hat, mit den Methoden und dem Apparat der DDR-Staatssicherheit auseinander. Noch bis zum 7. Dezember lädt das Projekt zu einem Parcours durch die ehemalige Stasi-Kantine im Haus 18 der ehemaligen Zentrale des MfS, Ruschestr. 103, 10365 Berlin, ein. Öffnungszeiten: Mo–Fr 11–18 Uhr, Sa 14–18 Uhr

©R.O.M.

# Wen repräsentiert die Demokratie?

Von Horst Schüler

Natürlich würde ich hier lieber über Heidi Klum schreiben, Motto: Was die einen können und die anderen nicht. Unsere Heidi etwa konnte sich gerade eine Villa in Los Angeles leisten, sechs Schlafzimmer, Heimkino, Bäder, jede Menge Luxus. Andere können das nicht, 95 Prozent der Menschheit etwa. Würde also gern über Gleichheit unter uns Erdbewohnern philosophieren, geht aber nicht, weil Wichtigeres ansteht als Heidi, die Demokratie nämlich. Richtig, über die Volksherrschaft gilt es zu reden, die wir ja angeblich haben. Aber stimmt's denn überhaupt?

Ja, meinen wir. Na klar, zu meckern gibt es jede Menge. Aber insgesamt: wir können frei wählen, frei reden, kritisieren, gar protestieren, neue Parteien gründen, den meisten geht es ganz gut, manche leiden Not. Die Hauptsache stimmt, wir leben in einer Demokratie. Und nach Winston Churchill ist das zwar keine gute, doch unter allen Staatsformen noch immer die beste. Können wir uns also nicht zufrieden zurück lehnen? Nein und dreimal nein! Wenn wir uns nämlich abfinden mit der Freiheit, die uns zugestanden wird, wenn es uns reicht, alle paar Jahre unseren Wahlschein abzuliefern, wenn es uns genügt, am Stammtisch über alles und jedes zu schimpfen, wenn wir meinen, gegen „die da oben“ nichts ausrichten zu können, dann tun wir nicht mehr und nicht weniger, als die Demokratie zu gefährden. Und dann werden wir sie eines Tages nicht mehr haben.

Ich übertreibe? Unsere Demokratie nennt sich repräsentativ. Soll heißen: Die von uns in die Parlamente gewählten Frauen und Männer repräsentieren in ihrer Gesamtheit unser aller Vorstellung von Demokratie und Freiheit. Tun sie das wirklich? Welchen Einfluß haben wir denn auf die Wahllisten? Kennen und vertrauen wir den dort genannten Politikern oder finden wir uns damit ab, daß sie uns von den Parteien vorgelegt werden? Sind sie von Stand und Beruf her ein Spiegelbild unserer Gesellschaft? Ist es in unserem Sinne, daß

Organe der Justiz oft das Wohl der Täter wichtiger nehmen als das der Opfer? Gefällt es uns, wenn in vielen Stadtteilen das Recht des Stärkeren gilt, nicht das gesetzliche? Wundern wir uns nicht Jahr für Jahr über die Konsequenzlosigkeit der vom Bundesrechnungshof vorgelegten Listen maßloser Verschwendungssucht? Ist es nicht eine Schande, wie isoliert sich Polizisten, Soldaten und gar Feuerwehrleute in unserer Gesellschaft fühlen müssen? Ist es nicht blanker, in einer feministischen Maske auftretender Unsinn, wenn in einer Universität selbst Professoren „Professorinnen“ genannt werden? Verzichtet nicht mancher auf sein Recht der freien Meinung, weil er Angst hat, in eine rechts- oder linksextreme Ecke gestellt zu werden? Und warum werden in unserer Ellbogengesellschaft ethische Werte so gering geschätzt?

Man könnte solcherlei Fragen noch lange stellen. Was besagen sie? Sie besagen, daß auch eine Demokratie nach Vollkommenheit strebt – ohne sie, dank unserer menschlichen Unvollkommenheit, wohl je zu erreichen. Streben danach müssen wir dennoch, weil Stillstand gleichbedeutend mit Rückschritt wäre. Leon de Winter, renommierter niederländischer Schriftsteller, hat jüngst in einem Essay geschrieben, daß der in Europa aufkommende Populismus Ausdruck von Angst sei, „daß der Reichtum und die Mittel, die der Wohlfahrtsstaat bietet, durch Politiker der etablierten Parteien zum Fenster rausgeschmissen werden“. Und er tadelte die Parteien, „wie sie Prestigeobjekte finanzieren, die fast immer das Budget überschreiten, wie sie von einem gut bezahlten Posten auf den anderen gut bezahlten hinübergleiten und uneinnehmbare Festungen von sich gegenseitig bevorteilenden ‚Insidern‘ schaffen“. Das Aufkommen populistischer Parteien in Europa wertet er als Indikator für das Ende der repräsentativen Demokratie.

Es wäre gut, diese Warnung ernst zu nehmen. 

## Defizite beseitigen

(uokg) Der Vorsitzende des Dachverbands UOKG, Rainer Wagner, hat Union und SPD aufgefordert, die Belange der Kommunismus-Opfer bei den Koalitionsverhandlungen angemessen zu berücksichtigen. Die wichtigsten Forderungen der UOKG sind: Anpassung der besonderen Zuwendung für Haftopfer an den Inflationsausgleich sowie deren Vererbbarkeit an Witwen und Witwer; Vereinfachung der Verwaltungsverfahren, Beweislastum-

kehr bei der Anerkennung verfolgungsbedingter Gesundheitsschäden; Verbesserung der Leistungen nach dem beruflichen und verwaltungsrechtlichen Rehabilitationsgesetz; Aufnahme bisher nicht oder unzureichend berücksichtigter Opfergruppen in die Reha-Gesetze; Errichtung eines Mahnmals für die Opfer der kommunistischen Diktatur an zentraler Stelle in Berlin; angemessene finanzielle Ausstattung der Institutionen der DDR-Aufarbeitung, be-

sonders der Bundesstiftung Aufarbeitung, des BStU und der Stiftung für ehemalige politische Häftlinge; Beseitigung der Renteneinbußen von DDR-Flüchtlingen wegen der Überführung der Rentenansprüche in das Rentenüberleitungsgesetz.

Wagner erklärte zudem, daß es ein dringendes Anliegen der SED-Opfer sei, die Stasiunterlagen-Behörde auch über das Jahr 2019 zu erhalten. 

## Entschädigung verbessern

(bsa) Die Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur nahm die diesjährige Erinnerung an den Mauerfall am 9. November zum Anlaß, auf bisher nicht befriedigend gelöste Fragen bei der Entschädigung der Opfer der kommunistischen Diktatur hinzuweisen. „Als vordringlich sieht die Bundesstiftung Aufarbeitung die Umkehr der Beweislast bei den gesundheitlichen Folgen von Haft und politischer Verfolgung an“, sagte Geschäftsführerin Dr. Anna Kaminsky. Die geltenden Regeln machten es für die Diktaturopfer vielfach schwer bis unmöglich, für das erlittene Unrecht eine angemessene Entschädigung zu erhalten. In den Rehabilitie-

rungsverfahren ist der Nachweis, daß die gesundheitlichen Schäden eine direkte Folge erlittener Verfolgung sind, in vielen Einzelfällen nur schwer oder gar nicht zu führen. Oftmals ziehen sich die damit verbundenen Antragsprozeduren über viele Jahre hin. Von den bisher eingereichten Anträgen wurde mit ca. 25 Prozent nur jeder vierte positiv beschieden.

Die Forderung nach Umkehr der Beweislast wird auch von den Verbänden der Diktaturopfer sowie den Landesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen und zur Aufarbeitung der Folgen der kommunistischen Diktatur erhoben. 

### Wieviel Zeitung verträgt der Mensch?

FAZ, Tagesspiegel, Süddeutsche Zeitung, Frankfurter Rundschau, BILD, taz, Die Zeit, Spiegel, Focus, Stern, Detmolder Kurier...

Man kann nicht alle lesen – aber den „Wochenrückblick“-online bestellen.

Dieser Informationsdienst bietet mit kurzen Texten und Links zu vollständigen Zeitungsberichten die News der vergangenen Woche, rund um das Thema Aufarbeitung. Er wird als E-Mail verschickt und ist zu bestellen unter [uokg-wochenrueckblick@gmx.de](mailto:uokg-wochenrueckblick@gmx.de).

### Dokumentiert

## Aufarbeitung in Gefahr

*Offener Brief an Kulturstatsminister Bernd Neumann, die Vorsitzenden der Bundestagsfraktionen von CDU/CSU und SPD, die Verhandlungsführer bei den Koalitionsverhandlungen der Arbeitsgruppen Kultur und Medien, Finanzen Haushalt, Finanzbeziehungen Bund-Länder sowie Wissenschaft, Bildung und Forschung*

Die Bundesstiftung Aufarbeitung fördert seit ihrem Bestehen zahlreiche Projekte von Opferverbänden, Aufarbeitungsinitiativen und Archiven der DDR-Opposition, die mit ihrer wichtigen Arbeit einen unverzichtbaren Beitrag bei der Aufklärung über die kommunistische Diktatur leisten. Mit der Bundesstiftung Aufarbeitung wurde eine Einrichtung mit einem umfassenden Auftrag geschaffen, um in der Gesellschaft in großer Breite zur Aufklärung über die kommunistische Diktatur, zur Erinnerung an die Folgen der Diktatur und zum Gedenken an die Opfer beizutragen. Die Stiftung ist tätig in den Bereichen der dezentralen Projektförderung, der Förderung politischer Bildungsarbeit, der Förderung von Forschungsvorhaben; sie unterstützt Museen und Gedenkstätten in ihrer Kommunikation und Kooperation und trägt zur Vernetzung und Professionalisierung zivilgesellschaftlicher Initiativen und von Projektarbeit bei.

Im Bereich der politischen Bildung und der gesellschaftlichen Aufarbeitung der kommunistischen Diktatur hat sich erfreulicherweise ein Netz von Initiativen, Dokumentationszentren, Foren und Archiven entwickelt. Viele von ihnen erhalten Unterstützung durch die Bundesstiftung Aufarbeitung. Diese Arbeit muß erhalten bleiben.

Die finanzielle Förderung solcher Projekte und damit die Arbeit der genannten Initiativen sind im 25. Jahr der Friedlichen Revolution in Gefahr. Von den jährlich 2,8 Millionen Euro durch die Bundesstiftung zu vergebenden Fördermitteln fehlen für die Projekte im Jahr 2014 etwa 1,5 Millionen Euro, bedingt durch die schlechte Zinsentwicklung. Damit können wichtige Projekte, vor allem dezentraler Initiativen, deren wichtige oder einzige Geldgeberin die Bundesstiftung ist, nicht mehr durchgeführt werden. Aus diesem Grund ist es dringend notwendig, daß der von der Bundesstiftung Aufarbeitung unverschuldete Mittelausfall vom Bund ausgeglichen wird. Die Bundesregierung wird beweisen müssen, daß sie der Aufarbeitung des Kommunismus weiterhin die gebührende Aufmerksamkeit widmet.

5. November 2013

*Unterzeichner: Archiv Bürgerbewegung Leipzig e.V., Bautzen-Komitee e.V., Bürgerkomitee Leipzig e.V., Bürgerkomitee Sachsen-Anhalt e.V., Cottbuser Häftlingsgemeinschaft, Gedenkbibliothek zu Ehren der Opfer des Kommunismus e.V., Geschichtswerkstatt Jena e.V., Gruppe der „Kinder aus Lagern und Gefängnissen der SBZ/DDR“, IG Buchenwald 1945–1950 e.V., IG geschlossener Jugendwerkhof Torgau e.V., IG Internierungslager Ketschendorf e.V., IG Lager Mühlberg e.V., Kreisau-Initiative e.V., Martin-Luther-King-Zentrum Werdau, Memorial Deutschland e.V., Menschenrechtszentrum Cottbus e.V., Prora-Zentrum e.V., Robert-Havemann-Gesellschaft e.V. Stiftung Sächsische Gedenkstätten, Thüringer Archiv für Zeitgeschichte „Matthias Domaschk“, Umweltbibliothek Großhennersdorf e.V., Union der Opferverbände kommunistischer Gewaltherrschaft e.V., Verband der Geschichtslehrer Deutschlands e.V., VOS-Vereinigung der Opfer des Stalinismus e.V., Zeit-Geschichte(n) e.V. Halle*

# Ermutigung für Heimkinder

## Verfassungsgericht fordert Nachprüfung

Der Berliner Verfassungsgerichtshof (VerfG) hat in einer jüngeren Entscheidung über den Fall eines ehemaligen DDR-Heimkinds entschieden (Verfassungsgerichtshof des Landes Berlin, Beschluß vom 24.9.2013 – VerfG 172/11).

Dies ist schon deshalb bemerkenswert, weil die Verfassungsgerichtsbarkeit sonst nur selten über Fälle der strafrechtlichen Rehabilitierung entscheidet. Denn der Antragssteller muß vor den Verfassungsgerichten eine konkrete Grundrechtsverletzung geltend machen. Doch dies gelingt trotz zum Teil grober Fehleinschätzungen selten. Nicht jede Ungerechtigkeit ist zugleich auch eine Grundrechtsverletzung. In diesem Verfahren sah der VerfG dies aber anders.

Bislang gab es bei der Ablehnung der Anträge von Heimkindern typische Argumente. So käme es bei der Rehabilitierung nicht auf die Zustände in dem Heim an, es sei ausschließlich der Grund der Einweisung maßgeblich. Die Gewalt in den Heimen sei den Grundsätzen der damaligen Erziehung geschuldet gewesen, welche im übrigen im Westen genauso gegolten hätten – kühle, relativierende Worte, die nicht nur bei den Betroffenen auf Unverständnis gestoßen waren. Zudem hatten die Antragssteller oft Beweisprobleme bei fehlenden Unterlagen. Zwar ist gesetzlich ausdrücklich vorgesehen, daß der Antragssteller dem Gericht seinen Vortrag durch eidesstatt-

liche Versicherungen glaubhaft machen kann. Nur werden diese Versicherungen entweder überhaupt nicht oder nicht angemessen berücksichtigt, wenn sie vom Antragssteller selbst oder von einem Familienangehörigen stammen. Entweder, sie werden einfach übergangen, oder das Gericht schenkt ihnen von vornherein keinen Glauben. Die Antragssteller fühlen sich der Lüge bezichtigt. Der Berliner Verfassungsgerichtshof hat in diesen Punkten nun für eine Korrektur gesorgt.

Die Antragsstellerin des Verfahrens war von 1969 bis 1972 in verschiedenen Durchgangsheimen und Jugendwerkhöfen untergebracht, nachdem sie wegen der Zustände bei sich zu Hause mit vierzehn Jahren davongelaufen war. Die Heim-erziehung wurde angeordnet, obgleich, ihrem Vortrag zufolge, der in der Schweiz lebende Vater bereit gewesen wäre, die Antragsstellerin bei sich im Haushalt aufzunehmen. Hierzu hat der Vater eine eidesstattliche Versicherung abgegeben.

In erster Instanz vor dem Landgericht Berlin, scheiterte die Antragsstellerin auch vor dem Kammergericht. Dieses wies das Vorbringen der Antragsstellerin u.a. mit folgenden Argumenten zurück: Der aufnahmebereite Vater in der Schweiz spiele für die Entscheidung keine Rolle, denn es sei nicht Zweck des Strafrechtlichen Rehabilitierungsgesetzes, „die Ausreisepaxis der DDR aufzuarbeiten und Betroffene dafür zu entschädigen, daß sie nicht aus

der DDR ausreisen durften“. Zudem lägen „keine Anhaltspunkte dafür vor, daß ihr eine Aufnahme im Haushalt des Vaters aus außerhalb der Ausreisbestimmungen liegenden Gründen verwehrt“ worden sei.

Diese Argumentation stellt nach Ansicht des VerfG eine „krasse Mißdeutung des Inhalts der Norm, durch die das gesetzgeberische Anliegen grundlegend verfehlt wird“, dar. Im Hinblick auf die Aufnahme beim Vater heißt es, das Kammergericht „hätte die eidesstattliche Versicherung des Vaters berücksichtigen und diesem Vorbringen ggf. weiter nachgehen müssen.“ Besonders interessant ist zudem folgender Satz: „Der pauschale Verweis auf angeblich vergleichbare Zu- oder Mißstände in Jugendhilfeeinrichtungen der Bundesrepublik Deutschland oder in anderen westlichen Staaten kann eine Nachprüfung (...) auf der Grundlage nachprüfbarer Tatsachen nicht ersetzen.“ Hört, hört!

Der Verfassungsgerichtshof hat die Sache an das Kammergericht zur neuerlichen Entscheidung zurückverwiesen. Man darf gespannt sein, wie die Sache ausgehen wird.

(Der Beschluß ist abrufbar auf der Webseite von Rechtsanwältin Diana Blum, die den Beschluß erwirkt hat: [www.blum-strafverteidigung.de](http://www.blum-strafverteidigung.de)).

Florian Kresse, Jurist

# Schuldenerlaß bei Krankenversicherung

Seit dem Jahr 2007 besteht in Deutschland eine Krankenversicherungspflicht für die gesetzliche Krankenversicherung, seit 2009 für die private. Dies bedeutet, daß jeder Bürger krankenversichert sein muß. Seitdem ist es nicht mehr möglich, aus

der gesetzlichen Krankenversicherung „herauszufallen“.

Es bedeutet allerdings auch, daß all jene, die bislang nicht in der gesetzlichen oder privaten Krankenversicherung versichert waren, dazu verpflichtet sind, ihre Krankenkassenbeiträge abzuführen. Dies auch, wenn sie nicht bei einer Krankenversicherung angemeldet waren. So kam es für viele, die sich nach einer gewissen Zeit, in der sie nicht versichert waren, wieder bei einer gesetzlichen Krankenversicherung angemeldet haben, zu einer bösen Überraschung: Die Krankenkasse konnte die fällig gewordenen Beträge samt Säumniszuschlag für die Zeit der Nichtversiche-

rung zurückfordern – in der Regel mehrere tausend Euro.

Um diese Härte abzumildern, hat der Gesetzgeber mit einem Gesetz vom 1. August 2013 einen Schuldenerlaß verabschiedet. So sollen diejenigen, die sich bis zum **Stichtag 31.12.2013** bei einer Krankenkasse anmelden, alle seit Einführung der gesetzlichen Versicherungspflicht aufgelaufenen Schulden erlassen werden. Für diejenigen, die derzeit nicht krankenversichert sind, ist es also empfehlenswert, sich noch bis Ende des Jahres anzumelden.

Florian Kresse

## Umzug?

Dann vergessen Sie bitte nicht, an die Redaktion DER STACHELDRAHT, Ruschestraße 103, Haus 1, 10365 Berlin, Ihre neue Adresse zu schicken. So lassen sich Lieferausfälle vermeiden.

# Neues Zeitzeugenportal

## 36 Biographien deutscher GULag-Häftlinge

Von Stefan Krikowski

Dem Kampf gegen das Vergessen hat sich das Workuta-Portal [www.workuta.de](http://www.workuta.de) in mehrfacher Weise verschrieben. Entstanden ist es aus der Erkenntnis heraus, daß jetzt und sofort die letzten noch lebenden Zeitzeugen, die in der SBZ/DDR Opfer der kommunistischen Gewaltherrschaft geworden sind, befragt und ihre Zeugnisse dokumentiert werden müssen. Ihre Erfahrungsberichte sind schon deshalb von Bedeutung, weil sie ein Kapitel der DDR-Geschichte aufschlagen, das immer noch zu wenig bekannt ist – zumindest in der breiten Öffentlichkeit. Die Sowjetunion, die den Osten Deutschlands besetzt hielt und sich daran machte, hier einen Staat gemäß ihrer politischen und gesellschaftlichen Ideologie zu errichten, hatte zur Absicherung dieses Ziels auch das Repressionsystem mitgebracht. Zu ihrem wichtigsten Instrumentarium gehörten zum einen die auf deutschem Boden operierenden Organe des sowjetischen Geheimdienstes (NKWD/MWD). Zum anderen hatte sich das Sowjetregime von 1945 bis 1953 (offiziell sogar bis 1955) das Recht vorbehalten, die strafrechtliche Verfolgung vermeintlicher wie tatsächlicher politischer Gegner in die eigene Hand zu nehmen. Die eigens hierfür installierten Sowjetischen Militärtribunale (SMT) verurteilten deutsche Staatsbürger ausnahmslos nach sowjetischem Strafrecht, womit besiegelt war, daß die meisten SMT-Verurteilten in sowjetische Straflager verschleppt oder – wie im Fall von ca. 1000 deutschen Frauen und Männern – in Moskau hingerichtet wurden.

Alle auf dem Workuta-Portal namentlich genannten Personen sowie die hier sich vorstellenden Zeitzeugen gehören zu den etwa 35 000 bis 40 000 deutschen Staatsbürgern, die zwischen 1945 und 1955 in der SBZ/DDR verhaftet, von einem Sowjetischen Militärtribunal meistens zu 25 Jahren Arbeitslager verurteilt und nach Workuta, einem im hohen Norden Rußlands gelegenen Lagerkomplex deportiert wurden. Ihnen allen ist dieses Portal gewidmet, das sich nach Workuta benennt, dem GULag, in dem sie – zu Unrecht – viele Jahre ihres Lebens Zwangsarbeit leisten mußten. Darüber hinaus steht der Name „Workuta“ hier auch stellvertretend für die vielen anderen Lager (z.B. Inta, Taischet, Norilsk oder Potma), die

zum GULag-Universum gehörten und für etliche Zeitzeugen des Workuta-Portals zu einem Ort schrecklicher Erinnerungen geworden sind.

Kern- und Herzstück des Zeitzeugenportals sind die Einträge und Dokumente, mit denen sich 36 Zeitzeugen unter dem Menüpunkt „Biographien“ vorstellen. Ihre Namen sind durch Fettdruck hervorgehoben. Insgesamt waren vier Frauen, 27 Männer und Angehörige von fünf verstorbenen Zeitzeugen bereit, auf dem Workuta-Portal (stellvertretend) Zeugnis abzulegen von dem Teil ihrer Haft- oder Lagererfahrung, der ihnen am stärksten in Erinnerung geblieben ist. Jede biographische Selbstausage wurde zudem ergänzt durch Fotos und private wie offizielle Dokumente, von denen die meisten im doppelten Sinn des Wortes „einmalig“ sind.

Neben den Namen dieser 36 Zeitzeugen werden in der alphabetischen Liste des Biographie-Menüpunkts weitere GULag-Überlebende genannt, deren Biographien bereits auf anderen Websites, z.B. auf [www.GULag.memorial.de](http://www.GULag.memorial.de) oder [www.von-potsdam-nach-workuta.de](http://www.von-potsdam-nach-workuta.de), dokumentiert sind. Es wurde weitestgehend darauf verzichtet, Berichte von Zeitzeugen, deren Schicksale schon auf anderen Portalen veröffentlicht worden sind, erneut auf [www.workuta.de](http://www.workuta.de) einzustellen. Statt dessen wurden ihre Namen verlinkt. Es genügt ein einfacher Mausclick, um die Seite mit den jeweiligen Einträgen auf anderen Portalen sofort zu öffnen.

Ein dritter Schwerpunkt wurde mit jenen Biographie-Seiten eingerichtet, die oftmals nur den Namen, das Geburtsjahr und gelegentlich das Jahr und den Ort der Verhaftung eines GULag-Überlebenden festhalten. Diese Seiten sind durch schemenhafte Männer- oder Frauenporträts gekennzeichnet, die ein fehlendes Foto ersetzen. Eine Kontaktaufnahme mit diesen Personen war nicht möglich, weil viele bereits verstorben sind oder ihre Anschrift nicht mehr ermittelt werden konnte. Ihre Namen aber, die seit Jahren auf der Internetseite der Lagergemeinschaft Workuta/GULag Sowjetunion veröffentlicht wurden, hat das Workuta-Portal übernommen und – weil kein Name vergessen werden darf! – in seine Biographie-Seiten integriert.

Insgesamt nennt das Workuta-Portal 161 GULag-Überlebende mit Namen. Dennoch weist es Leerstellen auf. Viele der noch lebenden Zeitzeugen sahen sich krankheits- oder altersbedingt nicht mehr in der Lage, öffentlich Zeugnis abzulegen von dem ihnen widerfahrenen Unrecht. So lehnte beispielsweise die gegenwärtig wohl älteste GULag-Überlebende in Deutschland, Hildegard J. aus Berlin (Jahrgang 1914), eine Mitarbeit ab und erklärte: „Ich kann das nicht mehr machen. Das wühlt mich alles zu sehr auf und ich habe dann wieder tagelang schlaflose Nächte. Nein, ich kann das nicht mehr!“ Andere wiederum beriefen sich darauf, daß sie grundsätzlich nicht mehr gewillt seien, sich selbst erklären und fremde Menschen über ihr Schicksal informieren zu müssen. Sie haben deshalb nicht einmal der Veröffentlichung ihrer Namen als ehemalige GULag-Häftlinge zugestimmt – eine Entscheidung, die ich als Initiator des Workuta-Portals sehr bedauere.

Ohne die Unterstützung von Horst Schüler, dem ehemaligen Vorsitzenden der Union der Opferverbände kommunistischer Gewaltherrschaft e.V. (UOKG) und langjährigem Sprecher der Lagergemeinschaft Workuta/GULag Sowjetunion, wäre das Workuta-Zeitzeugenprojekt nicht so schnell vorangeschritten, daß es schon jetzt im Internet präsentiert werden kann. Er schenkte mir nicht nur sein Vertrauen, sondern stellte mir auch die Namen und Daten vieler GULag-Überlebender zur Verfügung, so daß ich im Herbst 2012 mit der Projektarbeit beginnen konnte. 



[www.workuta.de](http://www.workuta.de) – 36 Biographien deutscher GULag-Häftlinge.

# Workuta – „die Hauptstadt der Welt“

Ein Reisebericht

Von Wilhelm K.H. Schmidt (Teil 2)



Anne Drescher und Alma (r.).

Für die wahrscheinlich letzte Wolgadeutsche in Workuta – alle anderen leben nicht mehr oder sind nach Deutschland übersiedelt – ist es immer selbstverständlich, an Gedenkveranstaltungen teilzunehmen: „Ich bin es meiner Mutter schuldig und dem, was die Häftlinge dort durchmachen mußten.“

Sie hatte den Kontakt zu Anne Drescher gesucht, nannte ihr Alma als Vornamen und berichtete, daß ihre Familie, wie alle Wolgadeutschen, mit Kriegsbeginn nach Sibirien deportiert worden war. Ihre Mutter kam von dort in das Straflager Workuta, als Alma erst sechs Jahre alt war. In vorgerücktem Alter wollte Alma in der Nähe ihrer Mutter sein und zog nach Workuta, wo sie nun ihren

Lebensabend verbringen will. Das Medieninteresse für die Gedenkfeier am 1. August war unerwartet groß. Unsere „Ehemaligen“ wurden vom Fernsehen und lokalen Rundfunksendern interviewt, und in der regionalen Abendschau konnte man Edgar Strobel und Mike Müller-Hellwig sehen und hören, letzteren sogar in russischer Sprache. Der russische Gedenkreder, stellvertretender Bürgermeister von Workuta, und auch die fünf russisch-orthodoxen Geistlichen nahmen ihre Sache ernst, ließen aber keine innere Anteilnahme erkennen. Keine musikalische Umrahmung, kein Chor, keine Lieder, kein Zeichen der Versöhnung, kein gemeinsames Vaterunser in den Landessprachen.

Wie auch: Zwei Generationen nach den Geschehnissen im Sommer 1953 ist ein solcher Gedenktag zur Routine verflacht, nicht zuletzt erkennbar an einer auffälligen Oberflächlichkeit der Akteure und sichtlichem Desinteresse an Kontakten mit den Teilnehmern der Veranstaltung, zumeist älteren Leuten aus Workuta oder mit uns Ausländern. Anrührend war der zurückhaltende Auftritt einer Frau mittleren Alters in einem knöchellangen weißen Kleid. In der einen Hand einen weißen Blumenstrauß, in der anderen eine weiße Taube, sprach sie an den Kreuzen ein Gebet (oder waren es Erinnerungsworte?) und schenkte danach mit bewegender Symbolkraft der Taube die Freiheit.



Vitali Troschin (l.), Memorial Workuta, und der stellvertretende Bürgermeister der Stadt bei der Kranzniederlegung.

Namensgeber für Plätze und Straßen? (Aber darf ich das anmerken, wo doch in meiner Stadt erst im vergangenen Jahr, 22 Jahre nach der Implosion des kommunistischen Systems in der DDR, die Leninstraße in Geschwister-Scholl-Straße umbenannt worden ist?) Ist es – als Kontrast dazu – die Würdigung des ersten Kirchenbaus in Workuta mit privaten Spenden?

Neben dem Gesehenen und Wahrgenommenen war für mich eine spontane Situation beim Abschlußempfang in der Workutaer Stadtverwaltung wichtig. Der Beauftragte des Bürgermeisters, ein freundlicher Mann in den besten Jahren, wollte mit uns ins Gespräch kommen. Fragen von ihm, Dank von unserer Seite. Die sachkundige Projektarbeit an der 14. Oberschule, eine sehenswerte Ausstellung von Schülern mit z.T. einmaligem Fotomaterial, Zeichnungen, Skizzen und gesammelten Zeugnissen und Relikten

Was werde ich antworten, nach



Foto: Andreas Nowak

Die Frau in Weiß.

aus den Lagern, hatte uns überrascht und wurde wortreich gelobt.

Auch mir war es ein Anliegen, diese Initiative der Lehrer und Schüler zu würdigen. Ich übergab unserem Gesprächspartner das erst kurz vor unserer Reise fertiggestellte Buch „Abseits im Strafraum“ mit dem Untertitel „Lageralltag in Todesnähe“ und erläuterte den die Völker verbindenden Anspruch des Inhalts, den Versuch gegenseitigen Verstehens von Gefangenen und Bewachern und nicht zuletzt die im Lageralltag erworbene Wertschätzung und Toleranz anderen Nationalitäten gegenüber. Unsere Dolmetscherin muß diese Worte sehr einfühlsam übersetzt haben. Jedenfalls forderte mich unser Gesprächspartner spontan auf, das Buch zu signieren und schlug von sich



Foto: Tom Böicke/Edda Ahrberg

Übergabe des Buches „Abseits im Strafraum“ an die Stadt Workuta.

aus die Übersetzung ins Russische vor, um dieses Buch in den Schulen als Beitrag zur Aufarbeitung der Vergangenheit in Form von Geschichtsprojekten nutzen zu können. In der Hoffnung, daß der Leitgedanke des Buches: „Vergangenheit kennen, Gegenwart verstehen, Zukunft gestalten“, auch hier im fernen Workuta auf fruchtbaren Boden gefallen ist, war diese Stunde für mich der Höhepunkt dieser Reise.

Der Bericht darf nicht enden, ohne ein Wort über die Rückreise mit dem Flugzeug zu verlieren. Eine Zwischenlandung in Moskau war eingeplant. Der angesteuerte Flughafen war wieder Domodedovo, auf dem vor vier Tagen unsere Flugreise auf dem Weg nach Workuta endete. Den Flughafen kenne ich aus den 1970er Jahren als kleinen Inlandflugplatz. Damals bestand er aus einem Abfertigungsgebäude mit Warteraum und Apotheke, und das Ge-

päck mußte noch persönlich auf einer Waage unter einem Holzdach gewogen werden. Das Rollfeld führte bis ganz dicht an die Waagen und endete auf einer Wiese. Heute ist Domodedovo der größte Flughafen Moskaus mit einem 500 m langen modernen, futuristisch anmutenden Abfertigungsgebäude in Form einer leicht abgeknickten gläsernen Röhre mit einem Durchmesser von etwa 40 m. Vor 160 Schaltern warten Tausende Reisewillige auf ihre Abfertigung in alle Welt.

In Moskau führten uns Edda Ahrberg und Anne Drescher zum Mahnmal für die Opfer der stalinistischen Repression vor dem Hauptquartier der früheren sowjetischen Geheimpolizei am Rande des Lubjanka-Platzes, in die Moskauer Metro-Unterwelt und auf den Alexej-Hügel am Fluß Moskwa. In den 1970er Jahren befand sich dort das Freibad „Moskwa“. Bereits 1931 hatte Stalin die an dieser Stelle stehende 103 Meter hohe Christ-Erlöser-Kirche sprengen lassen, um an gleichem Ort ein vielstöckiges, 500 Meter hohes, von einer kolossalen Lenin-Statue gekröntes Gebäude zu errichten. Vorher demonitierte wertvolle Marmorplatten wurden in den Metrostationen verbaut. Der Zweite Weltkrieg stoppte den Bau des „Wunderpalastes“, und an der Stelle des Bauloches entstand 1958 das oben genannte Freibad, das später wieder entfernt wurde. Innerhalb von fünf Jahren, bis zum Sommer 1996, entstand die Christ-Erlöser-Kirche wieder in ihrem früheren russisch-byzantinischen Stil mit fünf Kuppeln in Zwiebelform. Der neue Dom ist heute das beeindruckende geistliche Zentrum des Landes.

In Berlin wartete Karl Keller auf mich. Natürlich mußte der Wahlrheinländer zuerst seine Berlin-Erlebnisse loswerden: „Was Deutschland nach seiner Vereinigung geleistet hat, weiß jeder. Aber wenn du die Bilder vom zerstörten Berlin im Kopf hast und siehst den Gendarmenmarkt heute...“ Er hatte eine Veranstaltung im Konzerthaus besucht. „Kosten-

los! Junge polnische Musiker spielten von Pietro Mascagni die Cavalleria rusticana, die ich so liebe. Ein großartiger Abend.“ Und wie immer, wenn er sein Herz ausgeschüttet hat: „So, jetzt du!“ Nach ein paar Stunden: „Daß sich meine Begeisterung für dich in Grenzen hält, weißt du ja. Schon, als wir uns 2011 beim Workutaner-Treffen in Halle kennengelernt haben, dachte ich, der arme Irre, womit vertut der seine schöne Rentenzeit, wen interessieren denn heute noch unsere Jugendjahre in Stalins Straflagern? Aber allmählich beginne ich zu begreifen. Doch ich bleibe dabei: Im Sommer nach Workuta? Der lange dunkle eiskalte Winter ist anders...“



Planung des Kongreßpalastes mit Lenin-Statue im Größenvergleich zur Christ-Erlöser-Kirche.

Veranstalter der Gedenkreise nach Workuta waren die Vereinigung der Opfer des Stalinismus e.V., Landesverband Sachsen-Anhalt, die Landesbeauftragte für die Stasi-Unterlagen in Mecklenburg-Vorpommern und die Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur; gefördert durch die Veranstalter, die Landesbeauftragte für die Stasi-Unterlagen in Sachsen-Anhalt und private Spender.

(Fotos, deren Herkunft nicht angegeben ist, stammen vom Autor.)



Foto: Postkartensammlung

Die 1996 wiedererrichtete Christ-Erlöser-Kirche.

# Verschleierte Enteignung

## Währungswechsel unter kommunistischer Herrschaft in Vietnam

Von Tran Van Tich

Am 30. April 1975 endete der Krieg in meiner Heimat Vietnam mit dem Sieg des Nordens, und ein Jahr später brachte dieser Sieg die Vereinigung beider Landesteile unter kommunistischem Vorzeichen. Seitdem begehen die Kommunisten vielfache systematische Verstöße gegen

kutiert worden sein. Durch Anweisungen oder andere Zwangsmaßnahmen verlegten die Behörden mehrere hunderttausend Menschen in ein anderes Gebiet, in die unwirtlichen „neuen Wirtschaftszonen“, wo sie unter erbärmlichen Bedingungen zur Fronarbeit in den Reisfeldern

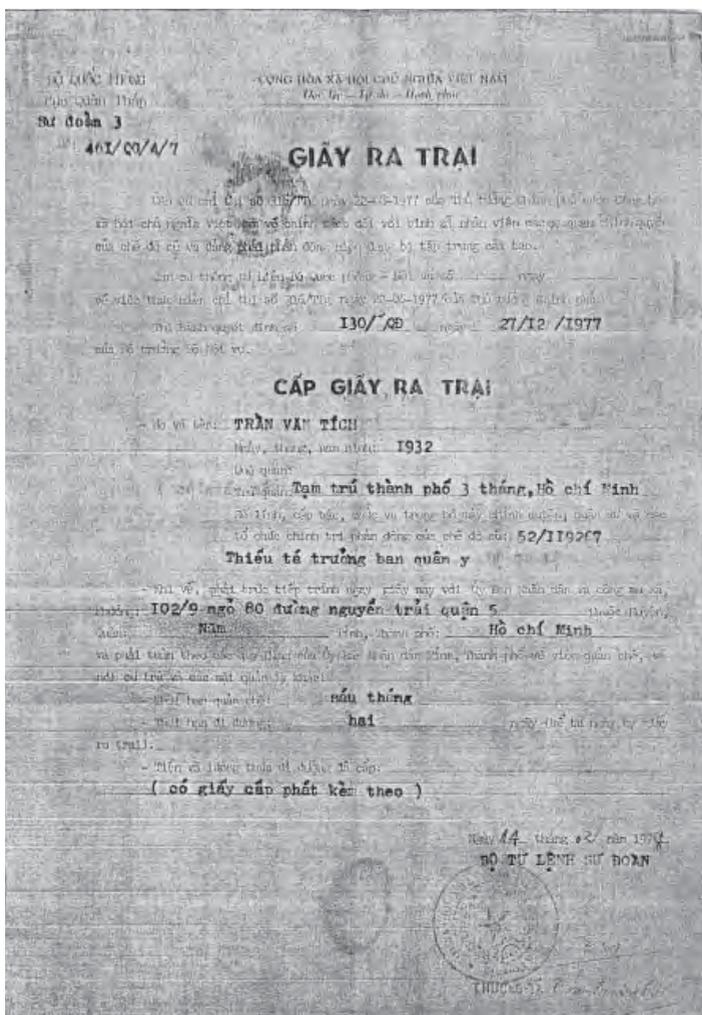
oder in den Bergregionen oder in den Bergregionen gezwungen sind. Mehr als zwei Millionen Vietnamesen trieb die Verzweiflung dazu, in winzigen Booten die Flucht über das südostasiatische Meer zu wagen. Wenn sie nicht im stürmischen Meer ertranken, an Hunger oder Durst starben, wurden diese „Boat-People“ oft von Piraten ausgeraubt, vergewaltigt und ermordet. Mehr als elftausend dieser Flüchtlinge hat damals das Schiff „Cap Anamur“ gerettet, viele der Geretteten haben in Deutschland eine neue Heimat gefunden.

Solche Verbrechen der vietnamesischen Kommunisten gegen die Menschlichkeit sind bekannt. An dieser Stelle möchte ich über einen anderen Aspekt der Verbrechen durch das totalitäre Regime in meiner Heimat berichten. Es handelt sich um den viermaligen Währungswechsel in Vietnam seit 1975.

ein baldiger Währungswechsel anstünde, wiesen die Kommunisten das unverschämt, schamlos und hartnäckig zurück. Auch wenn der Währungswechsel morgen stattfände, leugneten sie ihn heute noch vehement. Ich erinnere mich dabei an die Antwort von Walter Ulbricht auf die Frage der Journalistin Annamaria Doherr von der Frankfurter Rundschau am 15.06.1961: „Niemand hat die Absicht, eine Mauer zu errichten.“

Ausgangssperren wurden im Zuge von Währungswechselaktionen stets für das ganze Land verhängt. Ganz plötzlich wurde ein solcher Zustand angeordnet. Die Polizei verbot jede persönliche Bewegung, das heißt, niemand durfte sein Haus verlassen. Die Verbotsmaßnahmen wurden mittels Lautsprecher angekündigt und immer mit scharfer Gewalt inklusive Munition durchgesetzt. Man durfte sich nach Einbruch der Dunkelheit nicht mehr frei bewegen. Die Bewohner mußten ungefähr dreißig Stunden im Haus bleiben und nur der Weg zu den in der Nähe liegenden Wechselstellen war erlaubt. Eine große Menge von Personen wurde heimlich mobilisiert und zu verschiedenen Wechselstuben gebracht. Mein ältester Sohn war auch dabei, obwohl er einer konterrevolutionären „Marionetten-Familie“ angehörte, und ungeachtet der Tatsache, daß sein Vater im Gefängnis saß. Er mußte sich bei der regionalen Polizei vorstellen, ohne zu wissen, warum und wofür. Die Aufhebung dieser Sperren erfolgte am Ende der Wechselaktion, nämlich am 22. September 1975 um 23 Uhr, wurde aber nicht offiziell verkündet.

Bei dieser Währungsumstellung galt das Verhältnis 1:500, das bedeutet, 500 Dong von Südvietnam wurden in einen neuen revolutionären Dong getauscht (Dong ist die Währungseinheit Vietnams). Es wurden nur Bankguthaben am Stichtag umgetauscht. Die Tauschsumme aber war begrenzt: Jede Familie durfte nur zweihundert neue Dong erhalten, der Rest mußte bei den Banken deponiert werden. Größere Geldvermögen, Kredite und andere Verbindlichkeiten wurden einfach ignoriert. Die alte Währung verlor automatisch und komplett ihren Wert.



Zeugnis der Entlassung des Autors aus dem sogenannten Umerziehungslager mit der Auflage, sich sechs Monate ständigen Kontrollen zu unterziehen.

das Völkerrecht. Sie fügen Mitgliedern verschiedener Religionen (Christen, Buddhisten, Cao Dai, Hoa Hao) schwere körperliche und seelische Schäden zu. Sie versuchen, alle Kirchen zu spalten. Sie entziehen der südvietnamesischen Bevölkerung grundlegende Menschenrechte oder sie schränken diese wesentlich ein.

Die sogenannten Umerziehungslager füllten sich mit Hunderttausenden Offizieren, Beamten, Mitgliedern politischer Parteien. Zwischen 1975 und 1982 sollen mehr als sechzigtausend Menschen exe-

mich im sogenannten Umerziehungslager gab es den ersten Währungswechsel, weil das „befreite“ Südvietnam eine „revolutionäre“ Währung haben sollte. Der Plan zum Währungswechsel war ein großes Staatsgeheimnis der kommunistischen Machthaber. Im Vorfeld gab es absolut keine Information über dieses weit ausgedehnte, das gesamte Volk betreffende Ereignis. Erst am Morgen des Tages der Währungsumstellung wurde das Volk mit dem Wechsel konfrontiert und erhielt dann die notwendigen Informationen. Als Gerüchte aufgekommen waren, daß

Am 22. September 1975 (zu diesem Zeitpunkt befand ich

Der Marxismus-Leninismus brachte unserem Volk eine grausame Gerechtigkeit: Jede Familie hatte von heute auf morgen nur noch Bargeld von 200 Dong! Mehrere wohlhabende Geschäftsleute verloren ihr ganzes Vermögen und begingen Selbstmord. Bankscheine und Bankmünzen unseres nationalen Geldinstituts lagen massenhaft zerstreut in der Umgebung von Wechselstellen und auf den Straßen. Man muß von krimineller Enteignung, staatlichem Raub und von kollektiver Bestrafung der südvietnamesischen Bevölkerung sprechen. Es ist nicht übertrieben zu sagen, daß es sich um ein Friedensverbrechen handelt.

Der zweite Währungswechsel fand am 2. Mai 1978 statt, diesmal war es eine Währungsunion: vom nördlichsten bis zum südlichsten Teil des zwangsvereinigten Landes sollte es eine einheitliche Währung geben. Der gleiche Prozeß wurde wiederholt: verschleiertes Procedere, auf Gerüchte über Währungswechsel wurde abstreitend reagiert, Ausgangssperren wurden verordnet und der Wechselbetrag begrenzt. Eine einzelne Person durfte maximal 100 Dong wechseln, für eine Familie mit zwei Angehörigen war ein Wechseln in Höhe von 200 Dong erlaubt, falls die Familie aus mehr als zwei Mitgliedern bestand, gab es ab der dritten Person 50 neue Dong zum Wechseln. Maximal jedoch bekam jede städtische Familie nur 500 Dong. Auf dem Land war der Wechselbetrag noch deutlich geringer. Das Verhältnis war dieses Mal 1:1.

Die dritte Wechselaktion ereignete sich im September 1985. Für zehn alte Dong gab es einen neuen Dong. Maximum für jede Familie war eine Wechselsumme von 2000 Dong, den Rest mußte die Bevölkerung bei den Banken abgeben. Einzelheiten über diese Aktion sind mir nicht bekannt, weil meine Familie zu diesem Zeitpunkt schon in der Bundesrepublik Deutschland lebte.

Es folgte noch ein vierter Währungswechsel im Jahr 2003, anlässlich der Ausgabe polymerer Banknoten. Bei dieser Gelegenheit wurden Bankscheine von 50 000 Dong und 500 000 Dong in Umlauf gesetzt. Zur Zeit gibt es in meiner Heimat folgende Banknoten: 500 Dong, 1000 Dong, 2000 Dong, 5000 Dong, 10 000 Dong, 20 000 Dong, 50 000 Dong, 100 000 Dong und 500 000 Dong. Solche Bankscheine habe ich selber nie gesehen, weil meine Familie seit dem Verlassen meiner Heimat am 24. Februar 1984 nie nach Vietnam zurückgekehrt ist.

Dank einer langen, geduldigen, komplizierten und effizienten Intervention seitens der Bundesrepublik Deutschland erhielt meine fünfköpfige Familie die Erlaubnis, Vietnam legal und offiziell zu verlassen, per Air Vietnam und Lufthansa. Der damalige Außenminister Hans-Dietrich Genscher spielte hier eine entscheidende Rolle. (Deshalb haben wir immer der FDP unsere Zweitstimme als Zeichen unserer aufrichtigen Dankbarkeit gewidmet, auch bei der letzten Bundestagswahl am 22. September 2013!) Für unsere lange, sechzehn Stunden dauernde Ausreise mit Aufenthalt in Bangkok und Karachi beantragte ich zehn US-Dollar, aber das wurde abgelehnt. Diese zehn US-Dollar wollten wir nicht bei den staatlichen Geldinstituten kaufen, sondern uns von in den USA lebenden Verwandten, Bekannten, Kollegen und Freunden schicken lassen. Als Begründung der Verweigerung hieß es: „Die Partei führt, die Regierung verwaltet, das Volk herrscht“; weil wir „nur“ Herrscher sind, gehören die ausländischen Devisen der Regierung, nicht dem Volk.

Meine Familie hat die Euro-Einführung am 1. Januar 2002 erlebt. Was für ein Unterschied zwischen einem Rechtsstaat und einem kommunistischen Regime! Die viermalige Währungsumstellung durch das totalitäre Regime in Vietnam hat die galoppierende Inflation, die durch die un-

## Unterstützung für Initiative Mahnmal

Prag, Budapest, Moskau, Sofia – nicht nur in diesen vier Städten gibt es zentrale Denk- und Mahnmale für die Opfer der kommunistischen Gewaltherrschaft. Der Kommunismus hat im letzten Jahrhundert weltweit Millionen von Menschen unterjocht und zerstört. Viele Staaten in Ost- und Mitteleuropa gedenken dieser Opfer durch zentrale Mahnmale.

Wir fordern auch in Berlin einen solchen Ort!

Wenn Sie die Initiative der UOKG für ein zentrales Mahnmal unterstützen möchten, unterschreiben Sie auf unserer Unterschriftenliste und sammeln Sie auch in Ihrem Bekanntenkreis Unterschriften – wir benötigen zahlreiche Stimmen, die die Initiative Mahnmal mit Nachdruck unterstützen.

Listen können angefordert werden bei: E-Mail [Mahnmal@uokg.de](mailto:Mahnmal@uokg.de) oder per Post UOKG/Initiative Mahnmal, Ruschestr. 103, Haus 1, 10365 Berlin

sinnige, rationalistische Währungspolitik der Kommunisten ausgelöst wurde, nicht verlangsamen, geschweige denn beenden können. Der gleitende Wechselkurs zum Euro liegt auf dem traurigen Niveau von fast 30 000 Dong zu einem Euro. Unter unserer nationalen Regierung hatten wir im Jahr 1957 ein Verhältnis von 100 Dong zu einem US-Dollar. ✈

## Gegen Abschiebung

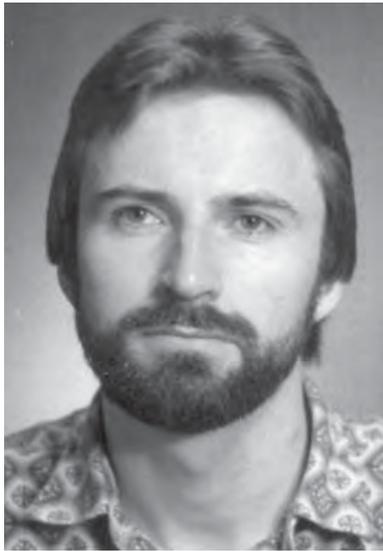


Vor der laotischen Botschaft im September in Berlin: Teilnehmer einer Mahnwache der Internationalen Gesellschaft für Menschenrechte (IGFM) gegen die Abschiebung nordkoreanischer Flüchtlinge aus Laos.

# Der Fall Harry Weltzin

Von Stefan Appelius

Harry Weltzin wurde 1955 in Wismar geboren. Er hatte sich bereits als jugendlicher verpflichtet, Unteroffiziersschüler in der Nationalen Volksarmee (NVA) zu werden. „Das haben viele unserer Mitschüler



Harry Weltzin, ca. 1981.

gemacht“, erinnert sich Elke H.: „Es war sozusagen der andere Weg an die Hochschule. Als Unteroffizier hatte man nach dem Militär eine Studienplatzgarantie.“

Nichts in der Biographie des Heranwachsenden Harry Weltzin deutet auf einen Konflikt mit dem SED-Regime hin – ganz im Gegenteil. Er lernte nach dem Abschluß der zehnten

Klasse im „VEB Elektroanlagenbau Wismar“ den Beruf des Elektrotechnikers. Etwa zum selben Zeitpunkt beantragte Harry, der während der Lehre zum FDJ-Sekretär aufgestiegen war, seine Aufnahme in die SED. Ende 1974 ging Weltzin für drei Jahre als Unteroffizier auf Zeit zur Nationalen Volksarmee. Er machte seine Grundausbildung in einem Motorschützen-Regiment. Nach seinem Ausscheiden aus dem Militärdienst kehrte Harry nach Wismar zurück. Er schrieb sich für Elektrotechnik ein und nahm ein Studium an der Wismarer Ingenieurhochschule auf. Noch während seines Studiums warf man Harry aus der SED wieder hinaus. In einem Aktenstück heißt es, er sei bereits seit seiner Lehre mit Eingaben an die Abteilung Jugendpolitik des Zentralkomitees der SED in Erscheinung getreten, in welchen er „Mängel und Mißstände vorbrachte“. Sein Ausschluß aus der Staatspartei „wegen Beleidigung von Genossen, Individualismus und Besserwisserei“ war keine Überraschung. Harry sei „nicht würdig“, weiter Mitglied der SED zu bleiben, hieß es. Fortan konnte er sich kaum Hoffnung machen, beruflich in der DDR jemals auf einen grünen Zweig zu gelangen.

Im Februar 1983 verlor Harry Weltzin seinen Arbeitsplatz als Konstrukteur auf der Wismarer Werft von einem Tag auf den anderen. Hintergrund war vermutlich eine

Auseinandersetzung Harrys „mit einem leitenden Genossen der Werft“, wie es in einem Ermittlungsbericht der Staatssicherheit heißt. Dieser „leitende Genosse“ hatte Harry auch privat und sogar dessen Eltern bedroht. Es war eine Auseinandersetzung, die Harry nicht gewinnen konnte. Zu jenem Zeitpunkt war er mit einer Erzieherin liiert, doch die von ihm erhoffte Stabilität entstand auch aus dieser Beziehung nicht. Die junge Frau brachte Ende Juni 1983 ein Kind zur Welt. Schon bald warf sie Harry vor, sich nicht ernsthaft um eine neue Arbeitsstelle zu bemühen, obwohl das Geld wegen des Kindes dringend gebraucht würde. Schließlich forderte sie ihn auf, aus der gemeinsamen Wohnung auszuziehen. Die Verlobung des Pärchens war schon zwei Wochen vorher in die Brüche gegangen. Als sie am 3. September 1983 gegen 19.30 Uhr mit ihrem Kind in die Wohnung zurückkehrte, fand sie seinen Wohnungsschlüssel im Briefkasten.

Wie Weltzin an diesem Spätsommertag ins etwa dreißig Kilometer entfernte Grenzgebiet gelangte, ist unklar. Vermutlich ist er die gesamte Strecke abseits der Straßen zu Fuß gelaufen. Erst südlich der Ortschaft Kneese steuerte er mit seinem Kompaß in Richtung Südwest. Den damals noch nicht ans Stromnetz angeschlossenen neuen Grenzsignalzaun auf östlicher Seite der Sperranlagen überwand Weltzin gänzlich unbemerkt, indem er ein Dutzend Stacheldrähte fachgerecht durchtrennte. Das geschah vermutlich bereits kurz nach Mitternacht. Anschließend legte er sich in unmittelbarer Nähe des Kontrollstreifens im hohen Gras auf die Lauer. Weltzin war präzise auf seinen Fluchtweg vorbereitet. Auch hatte er für den Fall seines Todes Vorsorge getroffen. Um den Hals trug der Reserve-Leutnant seine militärische Erkennungsmarke.

Weltzin muß erkannt haben, daß eine Überquerung des Grenzzauns wegen der zahlreichen Selbstschußanlagen unmöglich war. Der einzige Weg führte unter dem Streckmetallzaun hindurch. Harry hatte bereits ein schmales Loch gegraben, als er vermutlich mit seinem Spaten einen Untergrabeschutz der Anlage beschädigte und damit die beiden in nächster Nähe montierten Selbstschußanlagen zur Detonation brachte. Gleich zwei solcher sogenannter Selbstschußanlagen ver-

letzten den am Sperrelement mit seinem Spaten knienden Harry Weltzin seitlich von hinten am Kopf, am Hals, am gesamten Oberkörper und am Oberschenkel. Er muß sofort zu Boden gegangen sein. Obwohl ihn die vom Führungspunkt der Grenztruppen herbeigeilten Soldaten der Alarmgruppe und des Bergungstrupps nur zwei bis drei Minuten nach den beiden Detonationen entdeckten und mit ihrem Militärlaster sofort ins Hinterland schafften, war es für Harry Weltzin bereits zu spät. Als die Grenzer mit ihrem Gefangenen in Zarrentin eintrafen, war der junge Mann nicht mehr am Leben: „Am Führungspunkt der Grenztruppen liegt auf dem Kfz – LO der Grenztruppen die Leiche des Grenzverletzers. Sie ist bekleidet mit einem beigefarbenen Parka, einem braunen Präsent Jackett, helles Oberhemd, weißes Unterhemd, schwarzer Nadelcordhose, blau weiß gestreifte Badehose, graue Wollsocken und braune Halbschuhe. Am linken Arm befindet sich eine Armbanduhr. An Ringfingern jeder Hand ist je ein goldfarbener Ring vorhanden. Die Leiche trägt einen Vollbart und das Gesicht ist blutverschmiert sowie die Bekleidung mit Blut durchtränkt. An der Bekleidung (Parka) sind im Kapuzenbereich und im Rückenteil mehrere Zerreißen von ca. 6 mm Durchmesser sichtbar.“

(Prof.Dr. Stefan Appelius ist Politikwissenschaftler mit dem Schwerpunkt Zeitgeschichte.)



Fotos: BStU

Foto der Staatssicherheit von der Leiche Harry Weltzins.

# Arbeit, die heilt

## Beratungsstelle „Gegenwind“ beging Jubiläum in der Heilandskirche in Berlin-Moabit

Fünfzehn Jahre sind eine lange Zeit und doch eine sehr kurze, schaut man auf die Problematik der Langzeitfolgen von Diktaturterror, von Zersetzung und körperlicher Gewalt. Die Beratungsstelle „Gegenwind“ beging am 24. Oktober 2013 fünfzehn Jahre ihres Bestehens, und die Feier bot die Möglichkeit zurückzublicken und zu schauen, wie der Stand der Behandlung von Langzeittraumatisierten ist, was getan werden muß in den nächsten Jahren und wie die Politik sich hierzu positioniert.

„Gegenwind“ wurde im Jahre 1998 gegründet, federführend von DDR-Bürgerrechtler Jürgen Fuchs und von Stefan Trobisch-Lütge, Diplompsychologe aus dem ehemaligen West-Berlin. Sie hatten

Roland Jahn, Bundesbeauftragter für die Stasi-Unterlagen, und Martin Gutzeit, Berliner Landesbeauftragter für die Stasi-Unterlagen zugegen. Nach einleitenden Worten von Stefan Trobisch-Lütge, dem Leiter der Beratungsstelle „Gegenwind“, sprach zunächst Roland Jahn ein Grußwort. Er hob besonders die Bedeutung der Arbeit der Beratungsstelle hervor. „Es geht nicht um Akten, es geht um menschliche Schicksale. ‚Gegenwind‘ hat 15 Jahre eine hervorragende Arbeit geleistet. Wir brauchen ‚Gegenwind‘ auch weiter. Meine Unterstützung haben Sie und auch die der Behörde“, führte er aus. „Gegenwind“ leiste eine Arbeit, die heile, für die allerdings weiterhin von Seiten der Politik finanzielle Mittel bereitgestellt werden müßten.

gerte und dafür inhaftiert wurde und der sowohl in der Bürgerrechtsbewegung der DDR als auch nach dem Mauerfall eine herausragende politische Position einnahm, betonte in dem Beitrag seine

Verbundenheit zur Beratungsstelle und die Freude über fünfzehn Jahre gemeinsamer Arbeit. Ganz klar legte er dar, daß es sich bei den hilfeschuchenden Klienten von „Gegenwind“ um stark traumatisierte Menschen handle, deren Leid für Außenstehende oft schwer nachvollziehbar sei. „ ‚Gegenwind‘ wird auch in den nächsten Jahren bestehen“, sagte Eppelmann und sicherte weitere finanzielle Unterstützung der Bundesstiftung Aufarbeitung zu. Den Abschluß des offiziellen Teils bildete ein Vortrag des Psychiaters und Gutachters Prof. Dr. Jörg Frommer.

Im Anschluß gab es die Möglichkeit, bei einem Buffet miteinander ins Gespräch zu kommen, was von den Gästen ausgiebig genutzt wurde. Das Fazit der Veranstaltung läßt optimistisch in die Zukunft blicken. Die Finanzierung der Beratungstätigkeit ist bis 2016 gesichert, politische Zusagen wurden offiziell von den anwesenden Verantwortlichen gemacht, und auch die anwesenden Opfergruppen vermittelten im wesentlichen den Eindruck, daß sie sich den vor ihnen liegenden Herausforderungen stellen können und wollen.

Jörg Plath



Logo der Beratungsstelle „Gegenwind“.



Foto: Jörg Plath

(vorn v.l.) Prof. Jörg Frommer, Lilo Fuchs, Roland Jahn, Rainer Eppelmann.

festgestellt, daß stark vom Systemunrecht Betroffene mit ihren Problemen keine adäquaten Ansprechpartner fanden, allein gelassen wurden mit ihrer speziellen psychischen Situation und ihrer sozial oft prekären Lage. Langzeittraumatisierungen wirken sich bei den Betroffenen bis heute aus, u.a. in Form von Depressionen, durch Schwierigkeiten bei der Akzeptanz im jeweiligen sozialen Umfeld und bei der eigenen Integration in dieses, zum Teil auch durch Suchterkrankungen und durch vermehrte Dissoziation. Die erlebten traumatischen Inhalte kehren oft zurück, dringen ein und überlagern und behindern das aktuelle Leben. Es bestehen Schwierigkeiten im Umgang mit Behörden, bei der Anerkennung von Folgeschäden von Haft und Zersetzung, teilweise werden Probleme an die folgenden Generationen weitergegeben.

Bei der Feier, die in der Heilandskirche in Berlin-Moabit stattfand, waren u.a. Rainer Eppelmann, Vorstandsvorsitzender der Bundesstiftung Aufarbeitung,

Im Anschluß schilderte Lilo Fuchs, die Frau des 1999 verstorbenen Jürgen Fuchs, das Entstehen und die Notwendigkeit der Beratungsstelle „Gegenwind“ aus ihrer persönlichen Sicht als Opfer des DDR-Regimes. Ausgangspunkt für das Entstehen der Einrichtung sei die Notwendigkeit der Verarbeitung des Erlebten gewesen. Ihre leisen Worte machten betroffen, kam doch sehr authentisch zum Ausdruck, was es hieß, in den siebziger Jahren als politisch Verfolgte aus der DDR ausgewiesen zu werden, und wie lange die Erfahrungen von Ausgrenzung und politischer Traumatisierung nachwirkten und teilweise bis heute nachwirken.

Als weiterer Redner sprach Rainer Eppelmann zu den ca. 200 Gästen. In emotional bewegenden und einfühlsamen Worten näherte er sich nicht nur den Mitarbeitern der Beratungsstelle, sondern auch den unmittelbar betroffenen Opfern, die während der Feier in größerer Zahl anwesend waren. Eppelmann, der den Kriegsdienst mit der Waffe in der DDR verwei-

## Archiv-Führungen zum Tag der offenen Tür

Öffentliche Führungen durch das Archiv der BStU, Außenstelle Dresden, Riesaer Straße 7, 01129 Dresden, finden jeden letzten Donnerstag im Monat zum Tag der offenen Tür, ab 14.30 Uhr, statt. Gruppenführungen sind nach Voranmeldung jederzeit möglich, Tel. (03 51) 25 08 34 11.

Anträge auf Akteneinsicht können zur Führung gestellt werden. Dazu wird ein Personaldokument benötigt.

## Aktive Frauen

### Der Kreis der ehemaligen Hoheneckerinnen in NRW

Das Treffen des NRW-Kreises der ehemaligen Hoheneckerinnen vom 8. August 2013 zeigte einmal mehr, daß die Gruppe des größten Bundeslandes in ihrer Zeitzeugenarbeit äußerst aktiv ist. Die Kameradinnen berichteten über zahlreiche Auftritte in Köln, Bergisch Gladbach, im Rhein-Bergischen Kreis, Düsseldorf, Gernsheim, Schwalmstadt, Schwerin usw.

Alle Anwesenden bedauerten, daß die beiden ältesten Kameradinnen, Petra Sonje (lebt in einem Kölner Pflegeheim) und Annerose Matz-Donath, beim monatlichen Gedankenaustausch nicht dabei sein konnten. Der Kreis versäumte es aber nicht, an Jubilarin Annerose Glückwünsche zum 90. Geburtstag zu senden. Anstehende Großveranstaltungen wurden erörtert sowie Vereinsvorhaben. Die Kameradinnen zogen eine Gemeinschaftsreise im September nach Pforzheim und im Oktober nach Rastatt zur Ausstellung „Der dunkle Ort“ in Erwägung. Rosl Werl und Heidrun Breuer hatten sich bereiterklärt, in Rastatt als Zeitzeuginnen aufzutreten.

Interessant war der Bericht von Kameradin Ellen Thiemann, die im August drei Tage am Treffen der „Workutaner“ in Berlin teilgenommen hatte. „Mich hat sehr beeindruckt, wie positiv die Kameradinnen und Kameraden heute mit ihrer Vergangenheit umgehen“, meinte die Buchautorin. Besonders erhebend für Frau Thiemann war es, einige mutige Frauen und Männer aus dieser Zeit persönlich kennenzulernen, darunter die 99jährige Hildegard Jahnke. Weiterhin berichtete sie über Erzählungen von Horst

Schüler und Gerhard Janson, die auch die Großveranstaltung organisierten. Da nächstes Jahr „Die Frauen von Workuta“ im Mittelpunkt stehen sollen, meldeten einige Kameradinnen vom NRW-Kreis spontan Interesse an einer Teilnahme an.

Einen besonders spannenden Vortrag hatten die NRW-Frauen durch die Einladung von Detlef und Rotraud von Dechend (VOS NRW) erlebt. Im Gerhard-Hauptmann-Haus in Düsseldorf sprach im Juni der bekannte Aufklärer Dr. Helmut Müller-Enbergs in einem rappendvollen Saal über den Anteil von Stasi-Spitzeln in NRW. Mann hätte bei den spritzig vorgebrachten Fakten gut und gerne noch weitere Stunden zuhören können. Müller-Enbergs Ratschläge in der Pause an einzelne Gäste waren besonders wertvoll, weil er als wissenschaftlicher Mitarbeiter beim Bundesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen über fundierte Kenntnisse verfügt.

Eine Überraschung gab es für Clint-Eastwood-Verehrer unter den Anwesenden. Kameradin Ellen Thiemann zeigte einen lange Jahre verloren geglaubten Briefwechsel aus dem Jahr 1987 mit seinem Management. „Endlich kann ich darüber sprechen, daß es 1987 Gespräche über die Verfilmung meines Buches ‚Stell dich mit den Schergen gut‘ gab“, berichtete sie. „Ich war vier Wochen in Tampa/Florida zum Vorgespräch mit einem Filmproduzenten und der Übersetzerin meines Buches. Damals hieß es, Clint Eastwood sei sehr an dem Stoff interessiert, wolle aber die Hauptrolle spielen. Die hat in meinem Buch aber bekanntlich eine Frau.

Heute wäre es kein Problem, das Drehbuch nach ‚Der Feind an meiner Seite‘ zu schreiben. Dann hätte der große Filmstar eine richtig fiese Rolle als Stasi-Spitzel und Verräter.“

Großen Jubel gab es unter den NRW-Kameradinnen und deren Gästen, als plötzlich in der Runde Inge Naumann in Begleitung ihres Sohnes Martin auftauchte. „Ich war gerade in Bonn bei der ‚Stiftung für ehemalige politische Häftlinge‘, wo ich ehrenamtlich mitarbeite“, erklärte die in Hohnstein bei Dresden lebende Kameradin. „Und nachdem ich vor ein paar Tagen am Treffen der Hoheneckerinnen in Berlin teilgenommen hatte, wollte ich auch mal wieder unter euch weilen.“

Froh sind alle Anwesenden darüber, daß das einstige Frauengefängnis Hoheneck vom Eigentümer Freiburger nun an die Stadt Stollberg verkauft wurde. „Ich wäre sehr glücklich, wenn in den Räumen endlich eine angemessene Ausstellung ihren Platz findet, die mit wahrheitsgemäßen Dokumentationen über die Schicksale berichtet“, so Kameradin Regina Labahn. Allen ist noch der Besuch vom Bundespräsidenten a.D. Christian Wulff in bester Erinnerung, der kürzlich der NRW-Frauengruppe und zahlreichen Berliner Kameradinnen sein Buch „Reden und Interviews“ schenkte, in dem auch seine beeindruckende Ansprache vom 13. Mai 2011 anlässlich des 20jährigen Bestehens des Frauenkreises der ehemaligen Hoheneckerinnen abgedruckt ist.

Heidrun Breuer

### Museum im Stasi-Bunker

Ehemalige Ausweichführungsstelle des Leiters der Bezirksverwaltung für Staatssicherheit Leipzig

Flurstück 439, 04827 Machern

Besichtigung des Gesamtgeländes, Führungen durch den Bunker

Öffnungszeiten:

jeden letzten Sonnabend und Sonntag im Monat von 13 bis 16 Uhr

Bürgerkomitee Leipzig e.V.

Tel. (03 41) 9 61 24 43

Fax (03 41) 9 61 24 99

## SED-Opfer nicht vergessen

(nsn) Der Sprecher des Niedersächsischen Netzwerks für SED- und Stasiopfer, der ehemalige Bundestagsabgeordnete Hartmut Büttner, hat sich an CDU, CSU und SPD gewandt. Er forderte, daß auch die noch immer ungelösten Belange der Opfer der zweiten Diktatur auf deutschem Boden im neuen Regierungsprogramm nicht vergessen werden dürften. Es handle sich dabei vor allem um Verbesserungen bei der sogenannten Opferrente und bei der Anerkennung verfolgungsbedingter Gesundheitsschäden. Vor der Wahl hatten die Unionsparteien dem Netzwerk mitgeteilt, daß sie sich auch

„in der nächsten Wahlperiode der Themen Rehabilitation und Entschädigung von SED-Opfern annehmen“ würden, und erklärt zu prüfen, „ob angesichts der Rentenerhöhungen der letzten Jahre eine Anpassung der Opferpension möglich ist“. Dies hatten die Unionsparteien auch in ihrem gemeinsamen Wahlprogramm klargestellt. In seinem Schreiben an SPD-Chef Siegmund Gabriel erinnerte Büttner daran, daß von der SPD „in der letzten Legislaturperiode eine ganze Reihe von viel weitergehenden Anträgen zur Verbesserung der Situation der DDR-Opfer gestellt worden sind“.



## Auch die Familien waren betroffen

Kameradschaftstreffen am 28. September 2013 in Neubrandenburg/Fünfeichen

Obwohl sich die Anzahl der noch lebenden ehemaligen Häftlinge des Speziallagers Nr. 9 Neubrandenburg/Fünfeichen jährlich auf Grund des hohen Alters (82 bis 101 Jahre) reduziert, haben wir auch in diesem Jahr das traditionelle Kameradschaftstreffen durchgeführt. Und wieder konnten wir feststellen: diese Entscheidung war richtig. Die teilnehmenden ehemaligen Häftlinge waren übergelukkig, sich zu treffen, miteinander zu plaudern und einige gemeinsame Stunden zu verbringen. Auf besondere Weise begrüßt wurden von den Teilnehmern alle jene ehemaligen Inhaftierten, die in diesem Jahr ihren 90. Geburtstag feiern konnten. Aber nicht nur die 90-Jährigen wurden mit Blumen begrüßt, alle teilnehmenden ehemaligen Häftlinge wurden persönlich mit einem Blumengruß willkommen geheißen. Für die Kontakte und Gespräche ist dies bei solchen, fast schon familiären Veranstaltungen, denn wir waren nur ca. 60 Teilnehmer, sehr wichtig und wird daher sehr begrüßt. So, wie das individuelle Gespräch bei dieser Herbstveranstaltung eine gewisse Tradition und Bedeutung hat, wird auch immer ein abwechslungsreiches Programm vorbereitet und angeboten.

Für das Jahr 2013 hatten wir uns als Arbeitsgemeinschaft Fünfeichen wiederum ein Filmprojekt als Ziel gesetzt. Dieses Mal nicht mit dem Schwerpunkt, ehemalige Häftlinge des Lagers Fünfeichen über ausgewählte Ereignisse des Lagerlebens berichten zu lassen, sondern es sollten einmal Angehörige der vom sowjetischen Geheimdienst NKWD Verhafteten zu Wort kommen. Von Töchtern, Söhnen

und Geschwistern wollten wir erfahren, wie sie die Verhaftung ihres Vaters, ihrer Mutter oder der Schwester miterlebt haben, wie sie die Jahre der Haft überstanden, wie sie die Rückkehr oder den Verlust der Mutter, des Vaters oder der Schwester erlebten, und wie die Zeit danach für sie verlief.

Bereits bei den Vorbereitungsgesprächen mit den sehr unterschiedlichen Angehörigen stellten wir fest, daß die einzelnen Erlebnisberichte vielgestaltig und spannend waren. Je mehr wir uns mit dem Thema beschäftigten, desto schwieriger wurde die Entscheidung, wer von den Angehörigen, die sich für eine Mitwirkung in einem solchen Film bereiterklärt hatten, in die engere Auswahl kommen und wer für die Filmaufnahmen eingeladen werden sollte. Leider mußten wir auf einige Angehörige mit sehr interessanten Berichten verzichten, weil sie nach den ersten Gesprächen feststellten, daß sie die vorgesehenen Filmaufnahmen doch nicht bewältigen würden. Allen Mitgliedern, die sich zu einer Mitwirkung in diesem Filmprojekt bereiterklärt haben, sei auf diesem Wege nochmals ganz herzlich gedankt. Wenn auch am Ende nur wenige Angehörige in dem Film von ihren Erlebnissen erzählen, beinhaltet dieser in seiner Gesamtheit doch viele der einzelnen Berichte.

Zum Herbsttreffen der ehemaligen Häftlinge wurde der neue Film erstmals gezeigt und von den Teilnehmern mit viel Lob und Anerkennung gewürdigt. Nach der Vorführung bedankte sich die Leiterin der Arbeitsgemeinschaft Fünfeichen bei

den Mitwirkenden und dem Neubrandenburger Filmteam. Die Mitwirkenden, die an der Veranstaltung teilnahmen, erhielten als Dankeschön eine erste DVD des Films. Für alle Mitglieder der Arbeitsgemeinschaft Fünfeichen, aber auch für andere Interessenten, wird dieser Film bis zum Jahresende als DVD vervielfältigt. Zur Jahresgedenkveranstaltung am 26. April 2014 wird er allen Mitgliedern gezeigt und steht dann auch wieder zum Kauf zur Verfügung.

Ein weiteres Thema dieses Herbsttreffen war die erste Vorstellung der weiteren Gestaltung der Mahn- und Gedenkstätte Fünfeichen unter Einbeziehung der über 5000 Toten der Roten Armee. Am Nachmittag fand dann eine kleine Gedenkveranstaltung mit Glockengeläut und Kranzniederlegung in der Mahn- und Gedenkstätte Fünfeichen statt.

Rita Lütcke



Foto: Bertelmann

Die Glocke von Fünfeichen läutet zum Gedenken an die Opfer.

## Erinnern an beide Diktaturen

XXIII. Gedenktreffen in Mühlberg am 6./7. September 2013

Den Auftakt des Treffens am Abend des 6. September 2013 im Rathaus der Stadt Mühlberg/Elbe bildete der spannende und rhetorisch ausgezeichnete Vortrag von Dr. Erhart Neubert zum Thema „17. Juni 1953 und seine Folgen“. Obwohl wir vermutlich alle im Laufe des Jahres schon diverse Beiträge zu diesem Thema gehört und gelesen hatten, fesselte Erhart Neubert doch durch seine Vortragsweise das Publikum – es war eine Freude, ihm zuzuhören. Pfarrer Matthias Taatz, Vorsitzender der Initiativgruppe Lager Mühl-

berg e.V. und Gastgeber, moderierte in seiner charmanten Art die Veranstaltung. Sein Großvater ist im Lager Mühlberg gestorben, was sehr lange ein Familiengeheimnis blieb, wie er mir sagte.

Auch hatte ich Gelegenheit, mich mit Eberhardt Hoffmann zu unterhalten, der als Jugendlicher 1945 das „Speziallager“ in Mühlberg kennenlernen mußte. Er und viele andere mußten mit Auflösung dieses Lagers 1948 weiter nach Buchenwald. Ich sprach auch mit zwei älteren Damen

– Erika Lorenz und Ursula Rebhahn – die 1948 ebenfalls ins nächste Lager nach Buchenwald verlegt und erst 1950 entlassen wurden – fünf Jahre in zwei derartigen Lagern! Die beiden waren bereits erwachsen bei ihrer Verhaftung 1945 und wirken heute sehr vital.

Der 7. September begann mit einer Andacht und einem Gedenken am Kreuz und dem Gräberfeld der im Lager verstorbenen Kriegsgefangenen des STALAG, es wurden Kränze und Gebinde für die

bis 1945 umgekommenen Kriegsgefangenen niedergelegt. Eine Schülerin hielt eine kleine Rede, leider sprach das junge Mädchen viel zu leise – schade, weil die Idee so gut war.

Anschließend begaben sich die Teilnehmer zum Gelände des Speziallagers von 1945 bis 1948. Auf einer Wiese war ein großes Zelt aufgebaut, in dem der ökumenische Gottesdienst abgehalten wurde durch Pfarrer Ronald Höppner aus Mühlberg und Regionalbischof Probst Dr. Johann Schneider, der aus Siebenbürgen/Rumänien stammt. Drei Schüler begleiteten die Veranstaltung mit Live-Musik.

Am Hochkreuz fand dann – umringt von den vielen Grabkreuzen auf den Massengräbern der Speziallager-Häftlinge – die zweite Gedenkfeier statt. Es sprachen Pfarrer Matthias Taatz, ich als Vorstandmitglied der UOKG und von der „IG

NKWD-Lager Tost/Oberschlesien 1945“, sowie Ulrike Poppe, Beauftragte des Landes Brandenburg zur Aufarbeitung der Folgen der kommunistischen Diktatur. Das Blechbläserquartett Jürgen Hartmann umrahmte die Veranstaltung. Beeindruckend waren die vielen Menschen, es sollen über 400 Besucher teilgenommen haben.

Abschließend besichtigte ich mit einer Gruppe, geführt von einem ehemaligen Häftling, das Gelände des früheren Lagers, von dem heute nur noch Mauerbrocken zu sehen sind. Der Ehemalige berichtete aus eigener Erfahrung und mußte viele interessierte Fragen aus dem Kreis der etwa 20 Zuhörer beantworten.

Besonders beeindruckte mich, wie man sich in Mühlberg – wie auch in Fünfeichen – sowohl um das Erinnern an die Häftlinge und Toten des STALAG als auch

des sogenannten Speziallagers kümmert, ohne Wertung und Rangfolge. Ich habe übrigens Schwierigkeiten, die NKWD-Speziallager als solche zu bezeichnen. Sie waren nicht etwa speziell. In den besonders brutalen Straflagern haben die Opfer unter der jeweiligen Gewaltherrschaft furchtbar gelitten – ob die von Hitler oder von Stalin.

Am Schluß verkündete Pfarrer Matthias Taatz die Verteilung der Spende, die er nach dem Gottesdienst eingesammelt hatte (wobei er warnte, daß er keine Münzen im Sammelkörbchen sehen wolle): Ein Drittel sei der „IG NKWD-Lager Tost/Oberschlesien“ zugeordnet. Dies war für mich eine riesengroße Überraschung, und ich bin zutiefst gerührt und dankbar für diese großzügige Geste. Tausend Dank an alle Spender.

Sybille Krägel

## Bautzen-Komitee

Einweihung des erweiterten Gräberfeldes auf dem Karnickelberg Bautzen am 24.11.2013

Nachdem wir uns gleich nach dem Ende der DDR intensiv für Suchgrabungen hinter der Haftanstalt einsetzten, entstand hinter dem Gefängnis eine Gräberstätte, auf der die sterblichen Überreste von 248 ehemaligen Häftlingen eine würdige Ruhestätte fanden. Wie viele Häftlinge, die zwischen 1945 und 1956 verstorben sind, noch immer in diesem Massengrab unter meterhohem Schutt und Abfall verscharrt liegen, wird sich wohl nie feststellen lassen.

Von Anfang an war es unser Bestreben, das ganze Areal des Massengrabes in das Gräberfeld einzubeziehen. Das war damals jedoch aus finanziellen Gründen

nicht möglich. Viele Mitglieder, besonders der frühere Vorsitzende Günter Mühle, setzten sich aber ständig und intensiv dafür ein. Ihr Vorhaben scheiterte jedoch immer wieder an den zu hohen Kosten. Die Geldmittel dafür konnten von den Mitgliedern nicht aufgebracht werden.

Erst durch die finanzielle Hilfe des Gründers der Deutschen Vermögensberatung, Prof. Dr. Reinfried Pohl, dessen Vater 1946 im sowjetischen Lager Bautzen verstarb, ist es nun möglich geworden. Für die Mitglieder des Bautzen-Komitees und viele Angehörige geht damit ein langgehegter Wunsch endlich in Erfüllung.

Wir laden daher am **24. November 2013 um 11 Uhr** zur feierlichen Einweihung des erweiterten Gräberfeldes auf dem Karnickelberg in der Kirche der JVA Bautzen, Breitscheidstr. 4 ein.

Als Gäste haben bisher u.a. zugesagt: Ministerpräsident Stanislaw Tillich, Staatsminister für Justiz Dr. Jürgen Martens, Landrat Michael Harig, OB der Stadt Bautzen Christian Schramm, Maria Michalk MdB, Marko Schiemann MdL, Oberlandeskirchenrat Dr. Peter Meis, Lutz Rathenow, Sächsischer Lan-

desbeauftragter für die Stasiunterlagen, Siegfried Reiprich, Geschäftsführer der Stiftung sächsische Gedenkstätten, Dr. Anna Kaminsky, Bundesstiftung Aufarbeitung

### Programm

Ab 10.30 Uhr Einlaß in die JVA (Personalausweis nicht vergessen!)

11 Uhr: Ökumenischer Gottesdienst

Im Anschluß Ansprache von Harald Möller, 1948–1956 politischer Häftling in Bautzen und stellvertretender Vorsitzender des Bautzen-Komitees; Grußworte von Ministerpräsident Stanislaw Tillich, Oberlandeskirchenrat Dr. Peter Meis.

Dann gehen wir gemeinsam zum Gräberfeld, wo gegen 12.30 Uhr die liturgische Weihe erfolgt.

Es folgen die Kranzniederlegung, ein Grußwort vom OB der Stadt Bautzen Christian Schramm und das Schlußwort von Alexander Latotzky, Vorsitzender des Bautzen-Komitees.

Zum Abschluß laden wir alle Gäste zu einem kleinen Empfang in der Kapelle auf dem Karnickelberg ein. 

### „Die Bernauer Straße nach dem Mauerbau“

Unter diesem Titel bietet das Dokumentationszentrum Berliner Mauer jeden Sonntag um 15.00 Uhr eine öffentliche Führung an. Die Führung dauert ca. eine Stunde und kostet drei Euro pro Person.

Treffpunkt im neuen Besucherzentrum, Bernauer Str. 119/Ecke Gartenstraße (direkt gegenüber dem S-Bahnhof Nordbahnhof), 13355 Berlin

## Zwischenstand

Liebe Leser, vielen Dank für Ihre Reaktionen auf das „Bilderrätsel“ in der Ausgabe 6/2013. Eine Zuordnung der historischen Fotos konnte leider nicht in jedem Fall zweifelsfrei erfolgen. Es gibt aber viele konkrete Hinweise, über die hier berichtet werden soll.

Bild 1 hat sich eindeutig als der Innenhof des Frauenzuchthauses **Hoheneck** (1862–2001) in Stollberg erwiesen. Das wurde von vielen ehemaligen politischen Insassinnen bestätigt und kann auch durch ein neues Foto aus diesem Jahr belegt werden (Bild 6). Größere Schwierigkeiten bereiten die Bilder 2 bis 5. Die Bilder 2 und 3 dürften von derselben Einrichtung, nur mit etwas verändertem Blickwinkel gemacht worden sein. Eine Leserin vermutet, daß es sich um das Haftarbeitslager **Berndshof** bei Ückerümünde (1952–1972) vor der Sanierung handelt. Daraus wurde ein Militärstrafvollzug, später dann angesiedelt in

Schwedt. Der prominenteste Häftling war Rainer Eppelmann 1966 für acht Monate wegen Befehlsverweigerung.

Auch die Bilder 4 und 5 könnten von ein- und derselben Anstalt stammen. Hier ist das aber nicht so offensichtlich wie bei Bild 2 und 3. Bei Bild 4 gibt es die Vermutung eines früheren Insassen, daß es das Zuchthaus **Waldheim** (seit 1716) um 1960 zeigt. Er erkennt das Hauptgebäude, das die Gefangenen „Bremen“ nannten, weil es dem gleichnamigen Passagierschiff ähnlich gesehen haben soll.

Eine Historikerin vermutet bei Bild 5 die StVE **Rummelsburg** (1877–1990) in Berlin-Lichtenberg in den 60er Jahren, ebenfalls wegen der Gebäude im Hintergrund.

Wer nach diesem Zwischenbericht weitere Hinweise geben kann, melde sich bitte unter: [tomas.kittan@bz.de](mailto:tomas.kittan@bz.de).

Tomas Kittan



Bild 1



Bild 2



Bild 3



Bild 4



Bild 5



Bild 6

Foto: Edith Fiedler

### Suchanzeige

## Gedenkstätte in Chemnitz

Der CDU-Kreisverband Chemnitz will sich für eine Gedenkstätte für die Opfer in der SBZ/DDR einsetzen.

Symbolik, Inschrift, Material, Aufbau, aber auch die Lage in der Stadt sind wichtige Punkte, die es zu bedenken gilt, wenn an Widerstand, an die Opfer, an Repression und Leid erinnert wird.

Was soll an die Nachfolgenerationen weitergegeben werden? Und, und, und: Vieles ist zusammenzutragen.

Wer sich bei der Konzeption dieser Gedenkstätte mit einbringen möchte, kann hierzu seine Gedanken, seine Anliegen an folgende Adresse senden: CDU Kreisgeschäftsstelle Chemnitz, Markt 4, 09111 Chemnitz, Tel. (03 71) 66 61 95, Fax (03 71) 666 49 45, E-Mail [kreisverband@cdu-chemnitz.de](mailto:kreisverband@cdu-chemnitz.de)

## Mielkes Machtzentrale

Der BSV-Förderverein und der BSV-Landesverband Berlin-Brandenburg laden ein zu Vortrag und Besuch der Ausstellung mit anschließender Gesprächsrunde zu ausgewählten Problemen des Betreuungsrechts im weihnachtlichen Rahmen. Am **Donnerstag, dem 5.12.2013**, im Stasimuseum Berlin, Ruschestr. 103, Haus 1, Raum 710.

Um telefonische Anmeldung unter (030) 55 49 63 34 wird gebeten.

## Umgezogen

Die neue Adresse des Bürgerbüros e.V. – Verein zur Aufarbeitung von Folgeschäden der SED-Diktatur lautet: Erinnerungsstätte Notaufnahmelager Marienfelde, Marienfelder A llee 66/80, 12277 Berlin

Telefonnummer und E-Mail-Adresse bleiben bestehen: Tel. (030) 463 48 06, E-Mail [info@buergerbuero-berlin.de](mailto:info@buergerbuero-berlin.de)

## Winteröffnungszeiten

Die Dokumentations- und Gedenkstätte in der ehemaligen U-Haft der Stasi in Rostock (DuG), Hermannstr. 34 b, 18055 Rostock, hat von November bis Februar besondere Öffnungszeiten:

Di–Fr 9–17 Uhr, Sa 10–17

## Ergänzung

In dem Beitrag „Schieß doch, Tschekist!“ (Ausgabe 5/2013, S. 7–8) von Horst Schüler wird erwähnt, daß Boris Kudrjanzew sich erinnert, im Zusammenhang mit dem Aufstand in Workuta habe am 30. Juli 1953 der Häftling und frühere Oberst Sylko ein offenes Wortgefecht mit dem aus Moskau angereisten General Maslennikow geführt.

Nach anderen Quellen („Schwarze Pyramiden, rote Sklaven“ S. 117, „Workuta“ v. Horst Schüler S. 67) tat dies jedoch der ehemalige Armee-Offizier Alexander Beljanow. (Nach einem Hinweis von Peer Lange)

## Taschenkalender „Erinnerung als Auftrag 2014“ erschienen

Der neue Taschenkalender der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur für das Jahr 2014 ist veröffentlicht. Anlässlich des 25. Jubiläums der Friedlichen Revolution in der DDR und der demokratischen Revolutionen in Ostmitteleuropa ist der Taschenkalender zugleich eine Chronik des Jahres 1989: Tag für Tag verweist er auf kleine und große Ereignisse, die dieses Jahr zu einem Höhepunkt der europäischen Freiheits- und Demokratiegeschichte werden ließen.

Die Chronik illustriert, wie im Verlauf der ersten Jahreshälfte die SED-Führung noch den dauerhaften Bestand der Mauer verkündete und auf Flüchtlinge schießen ließ, während die ungarische Staatsführung bereits die Öffnung des Eisernen Vorhangs vorbereitete. Die Tagesmeldungen des Sommers erinnern an die dramatische Fluchtbewegung von DDR-Bürgern über Ungarn und die bundesdeutschen Botschaften in Warschau und

Prag und an den Mut der Menschen, die ihren Protest ab Oktober massenhaft auf die Straße trugen und die SED-Diktatur schließlich zu Fall brachten. Die Kalendereinträge von November und Dezember berichten vom Fall der Berliner Mauer, der Samtenen Revolution in der Tschechoslowakei und dem Umsturz in Rumänien.

Die ersten 50 Leser des „Stacheldrahts“, die sich mit Nennung des Stichwortes „Stacheldraht“ unter der Telefonnummer (030) 31 98 95-0 bei der Bundesstiftung Aufarbeitung melden, bekommen den Taschenkalender kostenlos zugeschickt.

Weitere Exemplare des Taschenkalenders können gegen eine Schutzgebühr von 5 Euro bei der Bundesstiftung Aufarbeitung – Taschenkalender 2014 – Kronenstraße 5, 10117 Berlin, bestellt werden.

(Information der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur) 

## Eröffnung in Cottbus

(mzc) Am 10. Dezember, dem Internationalen Tag der Menschenrechte, wird die neue Dauerausstellung „Karierte Wolken – politische Haft im Zuchthaus Cottbus 1933–1989“ in der Gedenkstätte Zuchthaus Cottbus eröffnet.

Die Menschenrechte bilden den Kern dieser Cottbuser Ausstellung. Über

das Schicksal von politischen sowie aus politischen Gründen kriminalisierten Häftlingen hinaus kann man sich dort mit dem Streben nach Verwirklichung von Menschenrechten, deren Unterdrückung, aber auch Respektierung auseinandersetzen. Die Exposition zeigt typische Beispiele politischen Unrechts aus beiden deutschen Diktaturen. Auf einer Fläche von 450 qm werden 28 Häftlingsbiographien sowie Berichte politischer Gefangener vorgestellt. Diese sprechen eine Vielfalt von für die jeweilige Zeit charakteristischen Themen an. Dabei werden Gründe der Inhaftierung in Cottbus, die Lebensgeschichte der Gefangenen und Versuche, die Würde selbst unter unwürdigen Bedingungen zu wahren, herausgestellt. Außerdem sollen das Leben in der Haft und ausgewählte Rahmenbedingungen der Verfolgungs- und Repressionsmechanismen dieser Diktaturen offengelegt werden.

Mit zahlreichen Fotos, Dokumenten, Exponaten, Zeichnungen und Medien wird der Strafvollzug in Cottbus ab 1933 veranschaulicht. Allen dargestellten Häftlingsbiographien ist gemeinsam, daß die Betroffenen versucht hatten, ihre Ziele gewaltfrei zu erreichen. 

## Anschläge

(bsa) Auf die Ausstellung „Die heile Welt der Diktatur? Herrschaft und Alltag in der DDR“ der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der DDR-Diktatur ist in Stuttgart ein Anschlag verübt worden. Der lernort gedenkstätte und das Jugendhaus Mitte wollten die Ausstellung am 2. und 3. Oktober zum Tag der Deutschen Einheit zeigen. Unbekannte Vermummte drangen am 1. Oktober gegen 22 Uhr in das Jugendhaus Mitte in Stuttgart ein. Sie rissen 14 der 20 Ausstellungstafeln von den Wänden und entwendeten sie. Zu dem offenbar politisch motivierten Überfall bekannte sich eine örtliche Gruppierung, die dem linksextremen Spektrum zugeordnet wird. Die Stuttgarter Polizei nahm die Ermittlungen auf.

Die Geschäftsführerin der Bundesstiftung Aufarbeitung, Dr. Anna Kaminsky, verurteilte den gewaltsamen Akt: „Kontroversen sind in der historisch-politischen Bildungsarbeit notwendig und erwünscht, aber die Debatten können nur auf einem demokratischen Weg erfolgen. Niemand darf daran gehindert werden, sich selbstständig ein Urteil zu bilden. Wenn es im Unterricht oder in anderen Lernsituationen zu Kontroversen und Konflikten kommt, müssen diese stets gewaltfrei gelöst werden. Gerade Jugendhäuser leisten hier eine ausgesprochen wichtige Arbeit. Die Bundesstiftung Aufarbeitung wird die bislang erfolgreiche Zusammenarbeit mit dem Jugendhaus Mitte in Stuttgart weiterhin fortsetzen und dankt den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für ihren Einsatz.“

Auf dem Friedhof Am Kommandantenhof in Sachsenhausen wurden von Unbekannten kürzlich Gedenkkranz beschädigt, die an die Opfer des Sowjetischen Speziallagers in Sachsenhausen erinnern sollten. Der UOKG-Vorsitzende Rainer Wagner äußerte dazu: „Obwohl uns nicht bekannt ist, wer die gewissenlose Schändung des Andenkens unschuldiger Opfer der kommunistischen Diktatur begangen hat, wird uns dadurch schmerzlich bewußt, wie wenig Empathie gegenüber den Opfern und wie wenig Wissen über die Verbrechen der kommunistischen Machthaber in der SBZ/DDR zwischen 1945 und 1989 vorhanden sind. Deshalb bleibt die Aufarbeitung des totalitären Unrechts in der SBZ und DDR ein wichtiger Auftrag unserer Gesellschaft. Demokratieverziehung ist eine der vornehmsten Aufgaben unserer Politiker.“ 

*Die allgemeine Achtung vor dem Geld ist die einzige hoffnungsvolle Tatsache in unserer Welt.*

*George Bernard Shaw*

Wenn es da nicht noch den „Stacheldraht“ gäbe.

Deshalb: Bitte spenden Sie für den STACHELDRAHT, und werben Sie Spender und Abonnenten.

Für Spenden gibt es kein Limit, und jedes Abo hilft. Das Jahresabonnement mit 9 Ausgaben kostet 9,- Euro.

Name und Anschrift an die Redaktion senden, Überweisungen bitte auf das Konto BSV-Förderverein, Konto-Nr. 665 52 45 01, BLZ 100 708 48, Berliner Bank AG, Verwendungszweck „Stacheldraht-Abo“ oder „Stacheldraht-Spende“.

(Für UOKG-Mitglieder besteht keine Zahlungspflicht.)

## Veranstaltungen

25.11. (Mo), 18.00 Uhr:

**Kommunistische Verbrechen erinnern.** Vortrag „Schwieriges Erinnern – Das Verbrechen von Katyn“ v. Dr. Claudia Weber, Hamburger Institut f. Sozialforschung, Podiumsdiskussion m. Prof. Dr. Bernd Faulenbach, Ruhr-Universität Bochum, Prof. em. Dr. Heinrich Olschowsky, HU Berlin, Dr. Helga Hirsch, Publizistin

25.11. (Mo), 19.00 Uhr:

**„Mein Freund, der Feind, ist tot“.** Liederabend und Gespräch mit Stephan Krawczyk; Veranstaltung d. BStU Außenstelle Leipzig u.a.; Ort: Parkschlößchen Café, Bahnhofstr. 22, 04821 Brandis

26.11. (Di), 19.00 Uhr:

**Petersburg – Eine literarische Zeitreise.** Buchpräsentation mit Steffi Memmert-Lunau, Autorin, u. Angelika Fischer, Fotografin; Veranstaltung d. Gedenkbibliothek zu Ehren der Opfer des Kommunismus; Ort: Gedenkbibliothek, Nikolaikirchplatz 5–7, 10178 Berlin

27.11. (Mi), 16.00 Uhr:

**Jour fixe.** Führung, Büchertisch und Gespräche. Veranstaltung der Vereine Gedenk- und Begegnungsstätte ehemaliges KGB-Gefängnis Potsdam e.V. u. MEMORIAL Deutschland e.V.; Ort: Gedenk- und Begegnungsstätte Leistikowstraße Potsdam, Leistikowstr. 1, 14469 Potsdam

27.11. (Mi), 17.00 Uhr:

**Verstreuen und Vertuschen.** Die Einflußnahme der Stasi auf den Strafvollzug. Vortrag v. Dr. Tobias Wunschik, BStU; 18.30 Uhr Führung durch Kartei u. Archiv d. BStU Außenstelle Gera; Veranstaltung d. BStU Außenstelle Gera; Ort: Außenstelle Gera, Haus 3, Hermann-Drechsler-Str. 1, 07548 Gera

27.11. (Mi), 18.00 Uhr:

**Besatzungshandeln im Vergleich.** Internierungspolitiken in Diktatur und Demokratie. Vortrag v. Bettina Greiner, Hamburger Institut f. Sozialforschung, Mod. Dr. Richard Buchner, Historiker; Veranstaltung der Vereine Gedenk- und Begegnungsstätte ehemaliges KGB-Gefängnis Potsdam e.V. u. MEMORIAL Deutschland e.V.; Ort: Gedenk- und Begegnungsstätte Leistikowstraße Potsdam, Leistikowstr. 1, 14469 Potsdam

27.11. (Mi), 19.00 Uhr:

**„Wittstock statt Woodstock. Hippies in der DDR“.** Filmpräsentation u. Podiumsgespräch; Veranstaltung d. Archivs Bürgerbewegung Leipzig u.a.; Ort: Kinobar im Leipziger Haus der Demokratie, Bernhard-Göring-Str. 152, 04277 Leipzig

28.11. (Do), 14.00–19.30 Uhr:

**Besuchertag.** Führungen, Ausstellungen, Beratungen; 18.00 Uhr: „Auf gute Zusammenarbeit? Stasi und

## Der illegale Devisenbeschaffer

Von der „Kommerziellen Koordinierung“ (KoKo), die bereits seit 1966 existierte und im Laufe der Jahre immerhin 25 Milliarden DM erwirtschaftete, erfuhren die DDR-Bewohner erst, als das System am Ende war. Angesichts der DDR-Wirtschaftsmisere schlug Alexander Schalck-Golodkowski Ende 1965 vor, die bis dahin betriebenen Geschäfte – deren Erlös zumeist der SED-Führung in Berlin-Wandlitz zugute kam – auf breitere Basis zu stellen. Wörtlich schrieb er von „unseriösen Methoden“, von „illegalen Waffentransporten“ und „streng geheim zu haltenden Maßnahmen“. Von Beginn an bestand eine recht enge Verbindung zum MfS. Ziel der KoKo war der Erwerb zusätzlicher Devisen, wobei auch äußerst ungewöhnliche Methoden eingesetzt wurden.

Das einträglichste Geschäft war der Freikauf von politischen Häftlingen, bei dem insgesamt 33 775 DDR-Inhaftierte ihre Freiheit erhielten. Bonn zahlte bei der KoKo-Firma Intrac im Werte von 3,44 Milliarden DM mit Südfrüchten für die DDR-Bevölkerung, später hauptsächlich mit Erdöl, Kupfer, Diamanten und Quecksilber. Diese gelangten indes nicht in die DDR, Ost-Berlin verkaufte sie sogleich an internationale Rohstoff-Börsen weiter.

Ab 1971 gab es Intershop-Läden, deren Waren teils aus der DDR, teils aber auch aus dem Westen stammten. Ihre Umsätze erreichten eine Höhe von 14,3 Milliarden sogenannter Valuta-Mark. Der Genex-Versandhandel (er wurde von der KoKo lediglich „angeleitet“) verkaufte ab 1956 Werte von fast 3,4 Milliarden Valuta-Mark. Anfangs war er nur für DDR-Bürger mit Devisen gedacht, ab 1959 konnten auch Bundesbürger Waren (zumeist hochwertige DDR-Produkte) für ihre Verwandten bestellen. Bei den „Kirchengeschäften“ wurde ab 1957 ein Teil der Finanzierung der DDR-Kirchen durch fingierte Schenkungen der westdeutschen Kirchen sichergestellt. Sie erhielten Steinkohle „zur freien Verfügung“, die an DDR-Betriebe kostenlos weitergereicht wurde, während die DDR-Kirchen einen Betrag in DDR-Geld erhielten. Man machte sogar mit der Abnahme von Abfallstoffen aus West-Berlin und Hamburg Devisen. Eine andere Methode war der Verkauf von Kunstgegenständen und Antiquitäten in den Westen, die Ost-Berlin aus rigiden Enteignungen von Privatpersonen bezog. Der DDR-„Friedensstaat“ exportierte über die KoKo-gesteuerte Firma IMES und deren Tochtergesellschaft WITRA ab 1982

Kriegsgerät von über einer Milliarde Valuta-Mark; teilweise ging es an Staaten, die sich untereinander im Krieg befanden.

Mehrere Seiten widmet das Buch den Milliarden-Krediten, die Schalck mit dem Bayerischen Ministerpräsidenten Strauß aushandelte. Sie brachten dem Regime gewiß notwendige finanzielle Vorteile, in Wahrheit aber „zusätzliche finanzielle Abhängigkeit der DDR von der BRD“. Bonn erhielt wichtige politische Zugeständnisse im innerdeutschen Verhältnis. Schalck war sogar bereit, durch diesen Schritt eine ernsthafte Verschlechterung des Verhältnisses zur UdSSR zu riskieren. Glaubte er an die stärkere Finanzkraft der Bundesrepublik? Sah er den bevorstehenden ökonomischen Zusammenbruch Moskaus? Im Herbst 1989 jedenfalls hatte die DDR beim Westen Schulden von umgerechnet 26,5 Milliarden US-Dollar.

In der Nacht vom 2. auf den 3. Dezember 1989 floh Schalck-Golodkowski mit seiner Frau nach West-Berlin. Seinen Worten nach fühlte er sich von der DDR und dem MfS verlassen. „Ich hatte Angst um mein Leben.“ Andere Bücher über ihn wollen hingegen von einem Brief wissen, in dem er dem DDR-Ministerratsvorsitzenden beteuerte, nicht in den Westen zu gehen. Er wolle DDR-Bürger bleiben und versprach, „gegenüber niemandem über meine Kenntnisse zu sprechen“. Tatsache ist, daß er recht bald in Pullach war und dort sein gesamtes Wissen preisgab.

Friedrich-Wilhelm Schломann



Matthias Judt: *Der Bereich Kommerzielle Koordinierung*, Ch. Links-Verlag, Berlin 2013, 300 S., 29,90 €

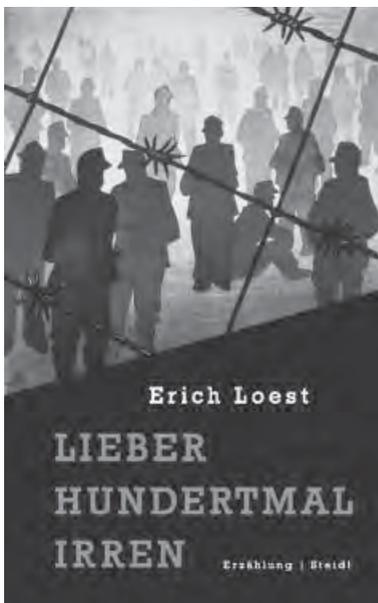
## Bürgerkomitee Leipzig e.V.

Jeweils sonnabends, am 23. und 30. November sowie am 7. und 14. Dezember, 14.00 Uhr: Stadtrundgang „Auf den Spuren der Friedlichen Revolution“, Treffpunkt Leipzig, Hauptportal Nikolaikirche

# Zeitenwende 1945

## Erich Loests letzte Erzählung

Mit seiner letzten Erzählung, die wenige Tage vor seinem überraschenden Tod am 12. September erschien, ist Erich Loest zu seinen Anfängen als DDR-Nachwuchsautor zurückgekehrt. Fünf Jahre nach Kriegsende hatte er damals seinen vielbeachteten und hochgelobten Roman „Jungen, die übrig blieben“ (1950) veröffentlicht, in dem er die Jahre 1944/46 beschrieb, die ihm nun noch einmal den



.....  
Erich Loest: *Lieber Hundertmal Irren*, Erzählung, Steidl-Verlag, Göttingen 2013, 128 S., 16.00 €  
.....

Erzählstoff liefern. Wiederum geht es um seine Heimatstadt Mittweida, die er nur anders nennt. Aber es geht nicht um ihn, sondern um den Kommunisten Herbert Vogelsberg, der im Konzentrationslager Sachsenhausen eingesperrt war und nun in einer Strafkompagnie Panzergräben ausheben muß gegen die anrückende Rote Armee. Die Handlung setzt im September 1944 ein, da war Stalin grad längst gefallen, das Attentat auf den „Führer“

vom 20. Juli 1944 gescheitert, und „die Russen“ hatten in Ostpreußen Reichsgebiet erreicht. Und sie endet im April 1946, fast ein Jahr nach Kriegsende, als im Ost-Berliner Admiralspalast am 22. April die „Sozialistische Einheitspartei“ gegründet wird, die bis 1989 diktatorisch über die DDR-Bevölkerung herrschen sollte.

In 22 Kurzkapiteln baut der Autor eine gespenstische Szenerie auf, die er aus eigenem Erleben kennt. Auch sein Held Herbert Vogelsberg hat ein Vorbild im wirklichen Leben: Johannes Vogelsang (1892–1987), Arbeitersohn und Kommunist aus Mittweida, wurde 1945 Bürgermeister von Mittweida. Erich Loest hat Teile dieses Lebenslaufs übernommen. Herbert Vogelsberg ist „Schutzhäftling“, wird von der Pappfabrik in Mittweida als Schichtleiter reklamiert und fährt über Berlin, Riesa, Döbeln, Waldheim, wo er 1933/36 inhaftiert war, zurück in seine Heimatstadt. Er hat einen halbwüchsigen Sohn Joachim, der Gefolgschaftsführer in der Hitler-Jugend ist und in

Schneckengrün/Vogtland zum „Werwolf“ ausgebildet werden soll. Im Oktober 1945 wird er, wie zahllose Jugendliche mit ihm, verhaftet und ins Lager Mühlberg eingeliefert. Zwischen Vater und Sohn besteht eine ähnliche Konstellation wie im NS-Film „Hitlerjunge Quex“ von 1933, wo der Vater Sozialist und der Sohn begeisterter Nationalsozialist ist.

Mit diesen 123 Seiten Prosatext bietet Erich Loest einen Aufriß seiner Heimatstadt vor und nach der Zeitenwende vom 8. Mai 1945. Das ist ein so gewaltiger Stoff, daß es für einen Roman gereicht hätte, den der Autor in seinem Todesjahr aber nicht mehr schreiben konnte oder wollte. Da gibt es die örtlichen NS-Größen, die die Zukunft fürchten und über Nacht verschwinden, oder die Frauenschaftsführerin Gudrun Honenstein, die beim Gräberausheben eingesetzt wird und ihrem Leben ein Ende setzt, weil Mann und Sohn aus dem Krieg nicht zurückkehren. Da sind die Soldaten der Roten Armee, die die Fabriken von Mittweida besetzen, um die Maschinen als Beutegut zu requirieren, die dann später irgendwo in der russischen Steppe verrotten. Da sind die Kommunisten, die aus der Illegalität auftauchen, deren Zahl aber bei weitem nicht an die der erstarkenden Sozialdemokraten heranreicht. Und da ist der Genosse Horst Sinderich, offensichtlich dem späteren SED-Politiker Horst Sindermann (1915–1990) nachempfunden, der elf Jahre im Zuchthaus Waldheim verbracht hat und nun fröhliche Reden hält über die sozialistische Zukunft.

Es ist ein unglaubliches Panorama einer sächsischen Kleinstadt, das hier vor dem Leser entfaltet wird: Da wird ein polnischer „Fremdarbeiter“ aufgehängt, weil er gegen „deutsche Gesetze“ verstoßen hat; das erinnert an Rolf Hochhuths Roman „Eine Liebe in Deutschland“ (1978). Da werden englische und kanadische Kriegsgefangene in Eilmärschen aus dem schlesischen Sagan nach Mittweida getrieben, offensichtlich ist hier das Offizierslager 1940/45 in Colditz bei Leipzig gemeint. Da werden NS-Uniformen umgefärbt und NS-Bücher verbrannt. Niemand traut dem anderen in dieser Umbruchszeit. Schließlich wird Herbert Vogelsberg, Nachkriegsbürgermeister von Mittweida, nach Döbeln versetzt, wo er SED-Kreisvorsitzender wird.

Jörg Bernhard Bilke

## Veranstaltungen

polnischer Geheimdienst im Bereich der operativen Technik“, Vortrag u. Gespräch m. Dr. Tytus Jaskuowski, Hannah-Arendt-Institut Dresden; Veranstaltung d. BStU Außenstelle Dresden u.a.; Ort: Außenstelle Dresden, Seiteneingang C, Riesaer Str. 7, 01129 Dresden

28.11. (Do), 18.00 Uhr:  
**„Schutzlos ausgeliefert. DDR-Heimkinder erzählen“.** Filmpräsentation u. Gespräch mit Autorin Uta Rüchel; Veranstaltung d. Beauftragten d. Landes Brandenburg zur Aufarbeitung der Folgen der kommunistischen Diktatur; Ort: Villa Schöningen, Berliner Str. 86, 14467 Potsdam

28.11. (Do), 19.00 Uhr:  
**Überwachte Wissenschaft.** Deutsche Spezialisten im Fokus der Stasi. Ref. Nadin Schmidt M.A., BStU; Veranstaltung d. BStU Außenstelle Leipzig u.a.; Ort: Außenstelle Leipzig, Dittrichring 24, 04109 Leipzig

28.11. (Do), 19.00 Uhr:  
**„Ich war nie einer von euch!“** Der Künstler Rainer Bonar zwischen Ost und West, Vernissage; Veranstaltung d. Stiftung Berliner Mauer; Ort: Erinnerungsstätte Notaufnahmelager Marienfelde, Marienfelder Allee 66/80, 12277 Berlin

28.11. (Do), 20.15 Uhr:  
**Das DDR-Wirtschaftsimperium des Schalck-Golodkowski.** Mythos und Realität. Lesung u. Gespräch mit Dr. Matthias Judt, Historiker u. Autor; Veranstaltung d. BStU Außenstelle Chemnitz u.a.; Ort: Thalia-Buchhandlung, Galerie Roter Turm, Neumarkt 2, 09111 Chemnitz

4.12. (Mi), 16.00 Uhr:  
**Forensik in der DDR.** Vortrag v. Dr. Matthias Lammel i.d. Vorlesungsreihe „Psychiatrie in der DDR“; Ort: Hörsaal Alte Nervenklinik, Klinik für Psychiatrie und Psychotherapie, Charité – Universitätsmedizin Berlin, Campus Charité Mitte, Charitéplatz 1, 10117 Berlin

4.12. (Mi), 18.00 Uhr:  
**1989/90 – Die Friedliche Revolution in der DDR und das Ende des Kalten Krieges.** Mit Prof. Dr. Wilfried Loth, Historiker, Essen-Duisburg, György Dalos, Schriftsteller, Budapest/Berlin, Prof. Dr. Konrad Jarausch, Historiker, Chapel Hill/Potsdam, Markus Meckel, Theologe u. letzter DDR-Außenminister, Berlin; Veranstaltung d. Berliner LStU u.a.; Ort: Bundesstiftung Aufarbeitung, Kronenstr. 5, 10117 Berlin

4.12. (Mi), 18.00 Uhr:  
**Sonderführung** durch die Dauerausstellung „Sowjetisches Untersuchungsgefängnis Leistikowstraße Potsdam“ mit den Kuratorinnen; Veranstaltung d. Gedenk- und Begegnungsstätte Leistikowstraße Potsdam; Ort: Gedenk- und Begegnungsstätte Leistikowstraße



## Lageralltag in Todesnähe

Potsdam, Leistikowstr. 1, 14469 Potsdam; bitte anmelden unter mail@gedenkstaette-leistikowstrasse.de

5.12. (Do), 14.00 Uhr:

**Mielkes Machtzentrale.** Vortrag und Besuch der Ausstellung mit anschließender Gesprächsrunde zu ausgewählten Problemen des Betreuungsrechts im weihnachtlichen Rahmen. Veranstaltung d. BSV-Fördervereins u.d. BSV-LV Berlin-Brandenburg; Ort: Stasimuseum Berlin, Ruschestr. 103, Haus 1, Raum 710; um tel. Anmeldung unter (030) 55 49 63 34 wird gebeten.

5.12. (Do), 19.00 Uhr:

**Wege aus der Gewalt.** Chruschtschow und die Entstalinisierung in der Sowjetunion. Ref. Prof. Jörg Baberowski, HU Berlin; Veranstaltung in der Reihe „Menschen unter Diktaturen“ der Gedenkstätte Lindenstraße; Ort: Gedenkstätte Lindenstraße, Lindenstr. 54, 14467 Potsdam

8.12. (So), 16.00 Uhr:

**Autorengespräche – Literaten im Austausch.** Zeitzeugencafé mit Lutz Rathenow u. Johano Strasser; Veranstaltung d. Stiftung Berliner Mauer u.a.; Ort: Hotel Grenzfall, Ackerstr. 135, 13355 Berlin (direkt hinter d. Dokumentationszentrum); Anmeldung bitte bis zum 5.12. unter E-Mail info@stiftung-berliner-mauer.de, Tel. (030) 467 98 66 23

10.12. (Di), 19.00 Uhr:

**„Im Klang einer Geige geborgen ein Traum“.** Zum Jahresausklang liest Lyriker Ulrich Grasnack Gedichte; musikal. Begleitung: Laila Marie Popiolek, Piano, Albert Thelemann, Violine; im Anschluß besinnliches Beisammensein mit Punsch u. Gebäck; Veranstaltung d. Gedenkbibliothek zu Ehren der Opfer des Kommunismus; Ort: Gedenkbibliothek, Nikolaikirchplatz 5–7, 10178 Berlin

10.12. (Di), 19.00 Uhr:

**„Erich Loest“.** Filmpräsentation; Veranstaltung d. Bundesstiftung Aufarbeitung u.a.; Ort: Zeitgeschichtliches Forum Leipzig, Grimmaische Str. 6, 04109 Leipzig

11.12. (Mi), 18.15 Uhr:

**Von einer Freundschaft, die es nicht gab.** Das Ministerium für Staatssicherheit der DDR und das polnische Innenministerium 1974–1990. Kolloquium, Ref. Dr. Tytus Jaskułowski, TU Dresden; Veranstaltung d. BStU; Ort: BStU, Bibliothek (Eingang Haus 31), Karl-Liebknecht-Str. 31/33, 10178 Berlin

16.12. (Mo), 19.00 Uhr:

**Egon Bahr im Gespräch.** Diskussion anlässlich des 50. Jahrestages des Passierscheinabkommens, Mod. Dr. Jaqueline Boysen; Veranstaltung d. Stiftung Berliner Mauer; Ort: Besucherzentrum d. Gedenkstätte Berliner Mauer, Bernauer Str. 119, 13355 Berlin

(VT) Man sagt, daß erst die dritte Generation traumatische Geschichtsergebnisse verarbeitet. Das Lagerleben vorwiegend jugendlicher Häftlinge in der Sowjetunion zählt zu derartigen Traumata. Der Herausgeber des vorliegenden Buches möchte ein



.....  
*Wilhelm K.H. Schmidt (Hg.): Abseits im Strafraum. Lageralltag in Todesnähe, Leipziger Universitätsverlag 2013, 156 S., 23,00 €*  
 .....

Gefühl dafür vermitteln, wie der Alltag im russischen Straflager in der ersten Hälfte der 1950er Jahre wirklich beschaffen war: der Umgang der Häftlinge miteinander, Solidarität und Überlebensstrategie, auch das versuchte gegenseitige Verständnis von Wächtern und Bewachten. Beklemmende Bilder der sowjetkommunistischen Willkür werden nicht ausgeblendet.

Anders als in anderen Publikationen zum Lagerthema steht hier nicht das einzelne Geschehen im Mittelpunkt. Vielmehr legt der Herausgeber sein Hauptaugenmerk darauf, den Leser mit in das Lagerleben hineinzunehmen. Dabei wird dieser feststellen, daß die deutsche Minderheit im Lager in der Regel die Erfahrungen der Häftlinge aus anderen Ländern aufgenommen und in den meisten Fällen das Lager als Lebensuniversität begriffen hat.

Die in dem Buch zu Wort kommenden ostdeutschen politischen Gefangenen unterschiedlichster Herkunft lassen erkennen, daß sich die im Lager erworbene Wertschätzung und Toleranz anderen Nationalitäten gegenüber im Leben fortsetzen kann.

## Der BSV Berlin-Brandenburg gratuliert seinen Mitgliedern, die im November und Dezember Geburtstag haben

Sonja Cantow, Rudolf Novotny am 1. November, Hans Schramm am 2. November, Helga Kiwitt am 4. November, Graziano Bertussin am 7. November, Elli Wargowski am 11. November, Elisabeth Wollin am 17. November, Fritz Esenwein, Renate Heinrich am 18. November, Karl-Heinz Chilla am 20. November, Günter Baasch, Ingeborg Hoppe am 21. November, Günter Marciniak am 22. November, Joachim Schubert am 23. November, Inge Komoll am 26. November, Gerd Gebert am 27. November, Stefanie Brown am 28. November, Kurt Große am 1. Dezember, Wolfgang Heitmann am 5. Dezember, Horst Popper am 7. Dezember, Willi Ulich am 8. Dezember, Dr. Kurt Hauschild am 14. Dezember, Heinrich Herbert Kalmer am

### UOKG-Beratungsstelle

Ruschestr. 103, Haus 1  
 10365 Berlin  
 Fax (030) 55 77 93 40

Florian Kresse, Jurist, Mo-Fr, 10-12 Uhr  
 Tel. (030) 55 77 93 53  
 E-Mail kresse@uokg.de

Carola Schulze, Mo-Fr, 12-14 Uhr  
 Tel. (030) 55 77 93 52  
 E-Mail schulze@uokg.de

Katrin Behr (Thema DDR-Zwangsadoption),  
 Mo-Fr, 14-16 Uhr  
 Tel. (030) 55 77 93 54  
 E-Mail behr@uokg.de

Für persönliche Beratungen wird die telefonische Anmeldung empfohlen.

Das Projekt wird gefördert vom LStU Berlin.

Kerstin Kuzia (Thema DDR-Heime u. JWH,  
 in enger Zusammenarbeit mit der Berliner  
 Anlaufstelle „Fonds Heimerziehung“),  
 Do 11-16 Uhr  
 Tel. (030) 57 79 87 39  
 E-Mail kuzia@uokg.de

### Beratungsstelle des BSV-Fördervereins

Ruschestr. 103, Haus 1  
 10365 Berlin  
 Tel. (030) 55 49 63 34  
 Fax (030) 55 49 63 35  
 E-Mail bsv-beratung@gmx.de

Elke Weise, Juristin  
 Di 9-18 Uhr, Mi u. Do 10-16 Uhr

Heidi Kulik  
 Di u. Do 8-15 Uhr, Mi 9-17 Uhr

Für persönliche Beratungen wird telefonische Anmeldung empfohlen.

Das Projekt wird gefördert vom LStU Berlin.

15. Dezember, Günther Triebisch am 16. Dezember, Erna Kalauch am 17. Dezember, Rainer Schmiedel am 18. Dezember, Ingeborg Dudlitz, Klaus-Jürgen Hager, Heinz Nietsch am 20. Dezember, Werner Heupel am 21. Dezember, Ilse Dittmer am 23. Dezember, Claudia Braath, Elke Daßau, Christiane Nickel am 25. Dezember, Rudolf Pahl am 27. Dezember, Irmgard Rautenberg am 29. Dezember, Fritz Stahlberg am 30. Dezember

Auch allen nicht genannten Lesern, die Geburtstag haben, gratuliert herzlich  
die Redaktion

### Herzlich danken wir allen, die für den STACHELDRAHT gespendet haben

Gerd Ahnert, Joachim Bergter, Peter G.M. Feige, Uwe Gerig, Wolfgang Heilmann, Konstanze Helber, Peter Irmscher, Gudrun Ingeborg Lindh, Erna Lobbes, Ursula Mosner, Heinz Otto, Hartmut Schlotte, Roland Schmiedicke, Dr. Walter Schöbe, Walter Thies, Ursula Timm  
Stacheldraht-Konto: BSV Förderverein, Konto-Nr. 665 52 45 01, BLZ 100 708 48, Berliner Bank AG, Verwendungszweck „Stacheldraht-Spende“

### Das Zitat

Bei der Eroberung des Weltraums sind zwei Probleme zu lösen: die Schwerkraft und der Papierkrieg. Mit der Schwerkraft wären wir fertig geworden.

Wernher von Braun

### Bund der Stalinistisch Verfolgten e.V. (BSV) LV Berlin-Brandenburg

Vorsitzender: Viktor Gorynia  
Sprechzeiten: Mi 9–17 Uhr  
BSV-Förderverein für Beratungen  
Geschäftsstelle: Ruschestraße 103, Haus 1  
10365 Berlin  
Telefon (030) 55 49 63 34  
Fax (030) 55 49 63 35  
E-Mail: bsv-beratung@gmx.de  
Konto: BSV-Förderverein  
Berliner Bank AG, BLZ 100 708 48  
Nr. 665 52 45 00

### Union der Opferverbände Kommunistischer Gewaltherrschaft e.V. (UOKG)

Bundesvorsitzender: Rainer Wagner  
Leiter der Geschäftsstelle: Theo Mittrup  
Sprechzeiten: Mo–Fr 16–18 Uhr  
Tel. (030) 55 77 93 51, Fax –40  
Sprechzeiten der UOKG-Beratungsstelle S. 19  
Ruschestraße 103, Haus 1  
10365 Berlin  
Internet: www.uokg.de  
E-Mail: info@uokg.de  
UOKG-Spendenkonto: Nr. 7342728,  
Deutsche Bank, BLZ 100 700 24

Redaktion DER STACHELDRAHT, Ruschestraße 103, Haus 1, 10365 Berlin  
PVSt. Deutsche Post AG. Entgelt bezahlt  
\*13017#000#0412\*

## Impressum DER STACHELDRAHT

**Herausgegeben** von der Union der Opferverbände Kommunistischer Gewaltherrschaft e.V. (UOKG) und dem BSV-Förderverein für Beratungen e.V.

**Redaktion:** Sybille Ploog, Ruschestraße 103, Haus 1, 10365 Berlin, Tel. (030) 55 77 92 30, Fax (030) 55 77 92 31, E-Mail: der-stacheldraht@web.de  
Konto für Abo und Spenden: BSV-Förderverein, Nr. 665 52 45 01, BLZ 100 708 48, Berliner Bank AG, BIC (SWIFT) DEUT DE DB110, IBAN DE58 100 708 480 6655245 01

BUNDESTIFTUNG  
AUFARBEITUNG

Gefördert von der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur

**Herstellung:** Satzherstellung Werner Neymanns, Föttinger Zeile 15, 12277 Berlin, Tel. (030) 70 24 22 24, E-Mail: neymanns@satzherstellung.com, Internet: www.satzherstellung.com  
Verkaufspreis 1,- Euro  
Auflagenhöhe 10 000

Bezug über die Redaktion

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung des Verfassers, nicht jedoch in jedem Fall die der Herausgeber, des Fördermittelgebers oder der Redaktion wieder. Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Fotos kann keine Haftung übernommen werden. Eine nicht sinnentstellende Bearbeitung eingereicherter Texte behält sich die Redaktion vor. Redaktionsschluß dieser Ausgabe: 7. November 2013

